Bergischer Volksbote

Amtliches Verkündigungs-Blatt

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags
Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2 RM

Burscheider Zeitung

für die Stadtgemeinde Burscheid

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite im Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei pünktlicher Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungsbeilage (Donnerstag), Die Zeit im Bild (Freitag), Landmanns Sonntagsblatt (Samstag)

Nr. 29 Redaktion u. Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 **Burscheid, Donnerstag, 4. Februar 1932** Postscheckkonto 28571 Köln Fernsprech-Anschluß Nr. 431 **72. Jahrgang**

Ist Hitler eingebürgert?

Eine geheime Ernennung durch den früheren thüringischen Staatsminister Frick

Die thüringische Staatsregierung hat der Reichsregierung die Aussage von zwei Ministerialbeamten als Material übergeben, aus dem hervorzugehen scheint, daß Minister Frick während seiner Ministertätigkeit in Thüringen die Einbürgerung Hitlers durch Einweisung in eine Beamtenstelle vorgenommen, die Tatsache aber geheim gehalten hat.

Der Reichskanzler hat dem Reichsminister des Innern das Material zur staatsrechtlichen Prüfung überwiesen.

Das Material, das dem Reichsminister des Innern zur staatsrechtlichen Prüfung vorliegt, enthält zunächst eine

Niederschrift des Ministerialrats Walther vom 1. Februar 1932

Diese lautet:

„Heute mittag zwischen 11 und 12 Uhr rief mich ein Vertreter der Frankfurter Zeitung an und teilte mir folgendes mit:

Die Redaktion der Frankfurter Zeitung habe ihm heute nacht mitgeteilt, daß in der heute erscheinenden Nummer des von Stennes gegründeten und von Kapitän Ehrhardt fortgeführten Montagsblattes stehe:

Es werde eine große Ueberraschung geben. Hitler sei in einem deutschen Land bereits von einer nationalsozialistischen Regierung — wohl auf dem Wege der Anstellung zum Beamten — eingebürgert. Die Urkunde darüber werde im „Braunen Haus" in München geheim verwahrt, um im geeigneten Zeitpunkt verwendet zu werden.

Die Notiz lasse erkennen, daß das betreffende Land Thüringen sei. Der Vertreter der Frankfurter Zeitung fragte mich, ob das mit Thüringen zuträfe. Ich erwiderte ihm, daß mir von der Sache nichts bekannt sei. Kurze Zeit darauf teilte ich das dem Ministerialrat A. mit, der in mein Zimmer zum Vortrag gekommen war. Er sagte darauf, daß er und der Oberregierungsrat B. etwas darüber wüßten, daß sie aber nichts darüber sagen könnten, da der Minister Dr. Frick sie zur Amtsverschwiegenheit in der Angelegenheit verpflichtet habe. Ich hielt die Angelegenheit für so bedeutungsvoll, daß ich sofort Herrn Minister Dr. Kästner, der zurzeit auf Urlaub in Gotha weilte, telephonisch über das Vorgefallene verständigte. Herr Ministerialrat A. hatte auch zum Ausdruck gebracht, daß ihm daran gelegen sei, daß Minister Dr. Kästner orientiert würde.

Minister Dr. Kästner erschien nachmittags und ordnete auf Vortrag an, Ministerialrat A. und Oberregierungsrat B. zu einer dienstlichen Erklärung zu veranlassen."

Es folgen Aufzeichnungen über

die übereinstimmende Erklärung des Ministerialrats A. u. des Oberregierungsrats B.,

demgemäß Minister Dr. Frick sie ausdrücklich

zur Amtsverschwiegenheit verpflichtete.

Dann heißt es u. a. weiter:

„Staatsminister Dr. Kästner eröffnete den Beteiligten persönlich, daß sie unbedingt verpflichtet seien, ihnen zur Kenntnis gelangte dienstliche Vorgänge, auch wenn sie unter einem auferlegten Schweigegebot seines Vorgängers ständen, wahrheitsgemäß zu bekunden. Die Amtsverschwiegenheit könnte nach dem Sinne des § 9 des Staatsbeamtengesetzes nur gegenüber dem Minister für seine Amtszeit Geltung haben. Die Beamten würden sich sonach eines Dienstvergehens schuldig machen, wenn sie seiner Aufforderung zur dienstlichen Aeußerung nicht nachkämen.

Es erklärte darauf Oberregierungsrat B.:

Ich will nunmehr aussagen. Es hat mich schon stets bedrückt, daß ich von einem Vorgange Kenntnis hatte, den ich für politisch bedeutsam hielt, über den ich aber zur Dienstverschwiegenheit ausdrücklich verpflichtet worden war.

Es ist wohl im Juli 1930 gewesen, jedenfalls an einem Tage, wo ich mich auf Urlaub abmeldete. Minister Dr. Frick ließ mich am Vormittag kommen und

Anstellungsurkunden

mitbringen. Den Grund hierfür wußte ich nicht. Ich erhielt den Auftrag, nach seinem Diktat aufzuschreiben und auf seine Anweisung wurde dem Dienstbogen

vorangesetzt: „Auf Anordnung", wozu Minister Dr. Frick noch erklärte, daß er für den Inhalt des Diktats die alleinige und volle Verantwortung übernehme.

Er verpflichtete mich gleichzeitig zu strengstem Schweigen. Das Diktat bezog sich darauf, daß

dem „Frontkämpfer des Weltkrieges, Adolf Hitler", die damals freie Stelle des Gendarmeriekommissars in Hildburghausen übertragen

wurde. Ueber den Stellenantritt und die Dienstbezüge war Entscheidung vorbehalten geblieben. Das weitere Diktat bezog sich meiner Erinnerung nach darauf, daß

Adolf Hitler auf Dienstantritt und Besoldung verzichtete.

Es war dies der Entwurf eines Schreibens, das offenbar Adolf Hitler zur Unterschrift vorgelegt werden sollte.

Ich habe die Entwürfe, soweit ich mich entsinnen kann, nicht mitgezeichnet. Ich habe pflichtgemäß meine

Bedenken zum Ausdruck gebracht,

daß ich sagte, das thüringische Finanzministerium müsse zur Mitzeichnung zugezogen werden und wohl auch gesagt, daß das Staatsministerium mit der Angelegenheit befaßt werden müßte.

Minister Dr. Frick erklärte, daß er den — damals beurlaubten — Finanzminister vertrete

und selbst verantwortlich zu bestimmen habe, wie er die Angelegenheit betreibe. Er verpflichtete mich hierauf nochmals ausdrücklich auf

Dienstverschwiegenheit gegen jedermann,

ich habe mich an diese Verpflichtung bisher stets gebunden gehalten. Ich habe nur später von meinem Abteilungsleiter, Ministerialrat A., erfahren, daß ihn Minister Dr. Frick in die Vorgänge eingeweiht habe. Wir haben beide gemeinsam überlegt, wie wir uns gegenüber dem Schweigegebot, das uns außerordentlich bedrückte, verhalten sollten. Es wäre uns am liebsten gewesen, wenn wir dem Nachfolger Dr. Fricks dienstlich darüber Meldung hätten machen können. Wir kamen aber zu dem Ergebnis, daß das Schweigegebot dem entgegenstände. Ministerialrat A. hatte in den führenden Kommentaren nachgesehen, aber, wie er angab, nichts zu der beregten Frage gefunden.

Minister Dr. Frick verwahrte die Schreiben — Entwurf und Reinschrift — selbständig.

Welche Verwendung sie fanden, darüber weiß ich nichts. Der Minister hatte es auf Befragen abgelehnt, sie zu den Dienstakten zu geben oder die Anstellung Hitlers in den Bekanntmachungen wie üblich zu veröffentlichen. Ihm hatte ich allerdings auf Befragen zum Ausdruck gebracht, daß meiner Meinung nach Hitler durch seine Beteiligung am Weltkrieg auf deutscher Seite Anspruch auf Einbürgerung haben müsse."

Es folgen dann

Erklärungen des Ministerialrats A.

Darin heißt es u. a.:

„. . . Dr. Frick sagte mir, die Stelle würde gleich wieder frei, da

Hitler sofort um seine Entlassung aus dem Staatsdienst nachsuchen

werde; die Stelle könne also mit dem einige Wochen vorher von mir vorgeschlagenen Gendarmerieoberwachtmeister Z. dann besetzt werden.

Ich sagte dann dem Minister Dr. Frick, es sei mir unangenehm, daß ich Kenntnis erhalten habe. An sich sei Hitler die Einbürgerung zu gönnen, da er im Kriege sich in der Front das E. K. I erworben habe, und ich es nicht verstände, daß ihm die Einbürgerung bisher verweigert worden sei. Ich hätte aber doch

Zweifel, ob die mir vorgelegte Urkunde als eine gültige Anstellungsurkunde eines Beamten anzusehen sei."

. . . Ich bin glücklich, daß jetzt die Last des Geheimnisses, die mich außerordentlich bedrückt hat, von mir genommen wird.

Uebrigens kam ich bei meinen Ueberlegungen zusammen mit Oberregierungsrat B. zu der

Ansicht, daß eine Anstellung Hitlers als Beamter trotz etwaiger Aushändigung der Anstellungsurkunde wohl gar nicht erfolgt sei;

denn Hitler sollte weder ein Amt übertragen werden, noch sollte er in die mit dem Amte verbundenen Rechte und Pflichten eintreten.

Hitler hat überhaupt keine dienstlichen Beziehungen mit dem Lande Thüringen aufgenommen.

In dieser Richtung liegt auch die Tatsache, daß die ganzen Vorgänge überhaupt nicht in den Geschäftsgang gekommen sind.

Der Reichsinnenminister muß entscheiden

Von unterrichteter Stelle wird nach einer Contimeldung darauf hingewiesen, daß die thüringischen Dokumente jetzt dem Reichsinnenministerium vorliegen, dessen Prüfung man abwarten müsse. Die Tatsache, daß die thüringische Staatsregierung die Angelegenheit bei der Reichsregierung anhängig gemacht hat, lasse nach Ansicht politischer Kreise wohl darauf schließen, daß auch sie über die Verfassungsmäßigkeit des von dem damaligen Minister Frick vorgenommenen Aktes im Zweifel sei. Die Entscheidung liegt beim Reichsinnenministerium als der für die Verfassungsfragen zuständigen Reichsinstanz.

„— ich bin staatenlos"

Die Tel.-Union meldet aus Leipzig: Zu der Frage, ob Adolf Hitler Staatsangehöriger eines deutschen Landes ist oder nicht, kann auf folgendes hingewiesen werden: Im Verlauf des bekannten Scheringer-Prozesses, also etwa drei Monate nach der angeblichen Einbürgerung in Thüringen, hat Adolf Hitler als Zeuge unter Eid erklärt, er sei staatenlos. Auf die ausdrückliche Frage, unter Hinweis auf seinen Geburtsort, ob er nicht Oesterreicher sei, hat er nochmals erklärt: „Nein, ich bin staatenlos".

Hitler gegen den Einbürgerungsvorschlag

Durch die nationalsozialistische Pressestelle läßt Hitler bekanntgeben, daß er den ihm seinerzeit von Minister Frick gemachten, im Weimarer Material erwähnten Einbürgerungsvorschlag abgelehnt habe.

Vorbereitung zur Reichspräsidentenwahl

Ministerialrat **Dr. Georg Kassenberg**, Leiter der Verfassungsabteilung des Reichsinnenministeriums, gibt einen Ueberblick über die gesetzlichen Bestimmungen und den technischen Hergang der Vorbereitung der Reichspräsidentenwahl, dem wir entnehmen:

Für die Reichstagswahl 1924 wurde der amtliche Stimmzettel eingeführt. Auf ihm werden die Wahlvorschläge der einzelnen Parteien unter Angabe der Parteibezeichnung und der Namen der ersten vier Bewerber mit Ordnungsnummern aufgeführt. Um die Verwendung einheitlicher amtlicher Stimmzettel bei der Reichspräsidentenwahl zu ermöglichen, ist durch Gesetz vom 13. März 1925 auch für die Reichspräsidentenwahl

das System der Wahlvorschläge

eingeführt worden. Der Wahlvorschlag muß entweder von einer Wählergruppe ausgehen, die bei der letzten Reichstagswahl einen Reichswahlvorschlag eingereicht und auf die angeschlossenen Kreiswahlvorschläge mindestens 500 000 Stimmen erhalten hat, oder der Wahlvorschlag muß von 20 000 Wählern unterzeichnet sein.

Bei der Reichspräsidentenwahl 1925

sind die Wahlvorschläge von den politischen Parteien ausgegangen, also von Wählergruppen, die bei der letzten Reichstagswahl Reichswahlvorschläge eingereicht hatten. Beim zweiten Wahlgang hat Generalfeldmarschall von Hindenburg als Anwärter des Reichsblocks, in dem die Rechtsparteien zusammengeschlossen waren, Reichskanzler Marx als Anwärter des Volksblocks (Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten) kandidiert. Die beiden Wahlvorschläge waren für die zu Blöcken vereinigten politischen Parteien von einer zentralen Stelle eingereicht worden.

Für die bevorstehende Reichspräsidentenwahl

will der unter Leitung des Berliner Oberbürgermeisters stehende Hindenburg-Ausschuß den

überparteilichen Wahlvorschlag Hindenburg

einreichen. Dieser Wahlvorschlag geht also nicht von Wählergruppen aus, die bei der letzten Reichstagswahl einen Reichswahlvorschlag eingereicht haben. Der Wahlvorschlag muß daher von mindestens 20 000 Wählern unterzeichnet sein. Alle deutschen Männer und Frauen, die

am Tage der Einzeichnung wahlberechtigt,

d. h. mindestens 20 Jahre alt und vom Wahlrecht nicht ausgeschlossen sind, können den Wahlvorschlag durch Abgabe ihrer Unterschrift unterstützen. Nicht unterzeichnen dagegen können solche Jugendliche, die erst in der Zeit bis zum Wahltag wahlberechtigt werden. Für die Unterzeichnungsbescheinigung kommt es, soweit es sich um das Alter handelt, nicht auf den Wahltag, sondern den Tag der Unterzeichnung an. Die Unterschrift muß eigenhändig abgegeben werden. Wie bei Wahlen und Abstimmungen grundsätzlich Stellvertreter ausgeschlossen und das Wahl- und Abstimmungsrecht ein höchst persönliches ist, so ist auch die Abgabe von Unterschriften unter einen Wahlvorschlag durch Stellvertretung ausgeschlossen. Es dürfen also z. B. der Ehemann nicht zugleich für die Ehefrau oder umgekehrt, Vater oder Mutter nicht zugleich für wahlberechtigte Kinder oder umgekehrt unterzeichnen. Die Unterschriften müssen leserlich und durch Hinzufügen des Standes oder Berufes und Angabe der Wohnung so deutlich gekennzeichnet sein, daß die Gemeindebehörde in der Lage ist, die Stimmberechtigung der Unterzeichnung zu bescheinigen.

Auf den Unterschriftslisten muß von den Gemeindebehörden bescheinigt werden, daß die Unterzeichner des Wahlvorschlages stimmberechtigt sind. Zuständig ist die Gemeindebehörde des Wohnortes des Unterzeichners. Von der Beibringung der Bescheinigung kann abgesehen werden, wenn die Tatsachen offenkundig sind, wenn es sich bei den Unterzeichnern also um Reichs-, Staats- oder Kommunalbeamte, um Beamte im Dienste einer staatlich anerkannten Religionsgesellschaft, um Lehrer im öffentlichen Schuldienst, um ehemalige Angehörige der Wehrmacht, um Mitglieder des Reichstages, des Landtages, der Provinziallandtage, der Kreistage, der Stadtverordnetenversammlungen oder der Gemeinderäte, oder um sonstige allgemein bekannte Staatsbürger und Staatsbürgerinnen handelt, von denen ohne weiteres feststeht, daß sie die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und wahlberechtigt sind.

Der Wahlvorschlag mit den Unterschriftslisten und der Zustimmung des Anwärters zur Aufnahme seines Namens in den Wahlvorschlag wird beim Reichswahlleiter eingereicht. Zum Reichswahlleiter ist zuletzt bei der Ausschreibung der Reichstagswahl 1930 der Präsident des Statistischen Reichsamtes ernannt worden.

Ueber die Zulassung der Wahlvorschläge

entscheidet der Reichswahlleiter allein, also ohne Mitwirkung des Reichswahlausschusses. Aeußerster Termin für die Einreichung der Wahlvorschläge ist der 10. Tag vor dem Wahltage. Eine Entscheidung über den Wahltag liegt noch nicht vor. Es ist aber wohl anzunehmen, daß diese Frage in den nächsten Tagen sich klären wird. Wird vor Ostern noch gewählt, so kommt als Wahltag nur Sonntag, der 13. März in Frage, da der Sonntag vorher, der 6. März, der Tag der Eröffnung der Leipziger Messe ist und damit als Wahltag ausscheiden muß, für die vorhergehenden Sonntage aber die Zeit für die Vorbereitung der Wahl jetzt zu kurz geworden ist.

Verlängerung der Einzeichnungsfrist für die „Hindenburgliste"

Die Eintragungen in die Einzeichnungslisten

die vom Sahm-Ausschuß für die Hindenburg-Kandidatur aufgelegt werden, sind bereits nach den ersten Erkundigungen recht zahlreich. Aus einer Reihe von Städten im Reiche liegen schon Meldungen vor, daß gleich ein lebhafter Andrang eingesetzt hat. Da jedoch die technischen Vorbereitungen eine gewisse Zeit erfordern und nicht überall ganz rechtzeitig durchgeführt werden konnten, besteht, wie das Contibüro von unterrichteter Seite erfährt, die Absicht, die Einzeichnungsfrist auf etwa eine Woche zu verlängern.

80 000 Einzeichnungen für Hindenburg gezählt

Der Hindenburgausschuß teilt mit, daß am Mittwoch bis 9 Uhr abends als vorläufiges Teilergebnis über die Einzeichnungen 80 000 Einzeichnungen für eine Volkskandidatur Hindenburgs vorlagen, davon in Berlin 26 000.

Reichsführertagung der NSDAP.

In dem Bericht der Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP. über eine in München stattgefundene Reichsführertagung der Partei heißt es, daß auch die Frage der bevorstehenden Reichspräsidentenwahl erörtert worden sei. Dabei habe das einmütige Bewußtsein absoluter Siegeszuversicht ihren ganz besonderen Ausdruck in der Feststellung gefunden, daß die nationalsozialistische Bewegung willensmäßig und organisatorisch zum Einsatz für den Wahlkampf so völlig gerüstet stehe, daß sie nur die Parole ihres Führers erwarte, „um sie zum Siege zu tragen".

Kapitän Ehrhardt gewinnt seinen Pensionsprozeß

In dem Prozeß, den Kapitän Ehrhardt seit mehreren Jahren wegen seiner Pension gegen das Reichswehrministerium führt, hat das Kammergericht erneut ein Urteil zugunsten des ehemaligen Führers der Marinebrigade erlassen. Es hat festgestellt, daß das Reich nicht berechtigt sei, etwaige Schadenersatzansprüche aus dem Kapp-Putsch gegen Ehrhardts Pensionsansprüche aufzurechnen.

Beratungen über ein Arbeitsbeschaffungsprogramm

Am Mittwoch fand, wie das VDZ.-Büro hört, im Reichstag eine Besprechung zwischen den Vorständen der sozialdemokratischen Partei, der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Afa-Bundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes statt, in der die verschiedenen Pläne für umfangreiche Arbeitsbeschaffung ausgiebig erörtert wurden. Die Aussprache wurde nicht beendet, sie soll fortgesetzt werden. Uebereinstimmung bestand unter den verschiedenen Körperschaften darüber, daß alle Pläne zur Arbeitsbeschaffung gefördert werden müßten, daß aber ebenso entschieden etwaige inflationistische Gefahren bekämpft werden müßten.

Internationale Beratungen über den Geschichtsunterricht

Eine Anzahl internationaler und nationaler Organisationen hat beschlossen, gemeinsam die mit dem Geschichtsunterricht zusammenhängenden Fragen zu studieren. Unter diesen Organisationen befindet sich der Ausschuß für geistige Zusammenarbeit, der Weltbund für internationalen Frieden durch die Kirchen, die internationale Vereinigung der Lehrerverbände usw. Die Vertreter dieser Organisationen haben im Völkerbundsinstitut für geistige Zusammenarbeit eine Konferenz abgehalten und zum Vorsitzenden den Richter am Ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag, Altamira, gewählt. Vom 30. Juni bis 2. Juli d. J. soll im Haag eine Tagung stattfinden, auf deren Tagesordnung in der Hauptsache die Frage der Bearbeitung der Geschichtsunterrichtsbücher unter Berücksichtigung der allgemeinen Geschichte und der Geschichte der Zivilisation sowie der Weltgeschichte zur Beratung stehen wird. Von deutscher Seite haben sich für den Zusammentritt der Konferenz u. a. eingesetzt die Professoren Petersen und Brandt.

Dreimal zum Tode verurteilt

Aus Weiden wird berichtet: Das Schwurgericht verurteilte den 35 Jahre alten ledigen Dienstknecht Felix Schieder aus Kühbach unter Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte dreimal zum Tode.

Seine Mutter Anna Schieder wurde von der Anklage der Beihilfe mangels Beweises freigesprochen.

Felix Schieder hatte in der Nacht zum 19. Juli 1931 seinen jüngsten Bruder, den Gastwirt Andreas Schieder aus Wendersreuth, dessen Ehefrau und deren 1½ Jahre altes Kind durch Beilhiebe ermordet, um in den Besitz des elterlichen Anwesens zu gelangen.

Etatssitzung des preußischen Kabinetts auf Freitag vertagt

Wie das Nachrichtenbüro des VDZ. meldet, ist die ursprünglich für Mittwoch vorgesehene preußische Kabinettssitzung, die den Haushaltsplan für 1932 verabschieden sollte, vorläufig auf Freitag dieser Woche vertagt worden, weil anscheinend ein Abschluß der Verhandlungen mit dem Reich noch nicht erzielt ist.

Hiernach muß es als ausgeschlossen gelten, daß der Landtag schon am 16. Februar die erste Lesung des neuen Etats in Angriff nehmen kann, wie es vom Aeltestenrat vorgesehen war. Es besteht die Absicht, das Preußenparlament vom 11. bis 13. und vom 16. bis 19. Februar alle sonst entstandenen kleineren Vorlagen erledigen zu lassen und den Landtag hierauf bis Ende Februar oder Anfang März zur Inangriffnahme der Arbeit am neuen Etat zu vertagen.

Da die Neuwahlen zum Preußischen Landtag am 8. Mai erfolgen sollen, ist mit einem endgültigen Schluß der Arbeiten dieses Landtages für Ende März zu rechnen. Wegen der nur noch kurzen Zeit für die Erledigung des Etats wird der Gedanke erörtert, die Haushaltsarbeit im Staatsrat und Landtag zu gleicher Zeit beginnen zu lassen.

Fernsprechteilnehmer fordern Gebührensenkung

Angesichts der inmitten der allgemeinen Preisabbauaktion unverändert im alten Ausmaß fortbestehenden Fernsprechgebühren wendet sich der Reichsverband der Fernsprechteilnehmer e. V. mit einer Eingabe an die zuständigen Stellen, in der eine möglichst baldige Herabsetzung der Grundgebühren um 50 Prozent oder aber Anrechnung der Grundgebühr auf die Gesprächskosten, ferner Rabatte für Häufigsprecher, Ermäßigung der Gebühren für Ferngespräche um 5 bis 10 Pfg. in der Nahzone bis zu 100 Klm. und die Möglichkeit der vorübergehenden Abmeldung des Anschlusses bis zu sechs Monaten (ohne daß für diese Zeit eine Gebühr zu bezahlen ist) gefordert werden. Die Eingabe des Reichsverbandes der Fernsprechteilnehmer ist von etwa 160 Verbänden mit schätzungsweise insgesamt einer Million Mitgliedern unterzeichnet.

Die Verhandlungen in Genf

Der Beginn in Genf



Ein Funkbild von der Eröffnung der Genfer Abrüstungskonferenz, während der Vorsitzende, der frühere englische Außenminister Henderson, seine Rede hält

Der Reichskanzler

wird, wie die „Vossische Zeitung" wissen will, nach den bisherigen Dispositionen voraussichtlich am Sonnabend nach Genf reisen, um an der Abrüstungskonferenz teilzunehmen. Eine Verschiebung des Termins würde, dem Blatt zufolge, nicht dadurch bedingt werden, daß der englische Premierminister Macdonald vorläufig verhindert ist, nach Genf zu reisen, weil er sich in ärztliche Behandlung begeben muß.

Der Geschäftsordnungsentwurf für die Abrüstungskonferenz

Der Geschäftsordnungsausschuß der Abrüstungskonferenz hat bereits die gesamte Geschäftsordnung durchberaten. Es sind fünf Fachkommissionen vorgesehen, in denen jeder Staat durch einen Delegierten vertreten ist. Die Geschäftsordnung entspricht den parlamentarischen Gepflogenheiten und den internationalen Traditionen. Auf Antrag des russischen Vertreters wurde beschlossen, daß jede Delegation zu einem von ihr gestellten Antrag eine Stellungnahme der Konferenz bezw. der Kommission verlangen kann.

Die Arbeiten des Völkerbundsrates

Der Völkerbundsrat wird am Freitag noch einmal zusammentreten, um über das wahrscheinlich am Donnerstag zur Veröffentlichung gelangende Gutachten des Haager Gerichtshofes über die rechtliche Stellung der polnischen Staatsangehörigen im Gebiet der Freien Stadt Danzig und über den Bericht des Liberia-Komitees zu beschließen. Der Rat wird weiter von dem Bericht des Schanghaier Konsularkorps über die dortigen Zwischenfälle Kenntnis nehmen. Die Tatsache, daß Japan die Intervention der Mächte begrüßt hat, dürfte damit zusammenhängen, daß, wie verlautet, im Völkerbund Erwägungen darüber schwebten, das aggressive Vorgehen Japans mit der Drohung seines Ausschlusses aus dem Völkerbund zu beantworten.

Rege Fühlungnahme

Botschafter Nadolny hatte eine Unterredung mit dem italienischen Außenminister Grandi und wird mit dem russischen Volkskommissar Litwinoff verhandeln. Da die allgemeine Tendenz der Generaldiskussion abgewartet werden muß, werden vorläufig in allen diesen Besprechungen keine konkreten Pläne erörtert.

Nationalsozialistische Beobachter

Wie der „Angriff" berichtet, werden im Auftrage Hitlers General Ritter von Epp und Oberst Haselmayer am Freitag nach Genf fahren, um als Beobachter die Verhandlungen der Abrüstungskonferenz zu verfolgen.

Stimmen zur Rede Hendersons

Die Franzosen sind nicht zufrieden

Die Rede Hendersons wird von der französischen Presse allgemein als farblos, als saft- und kraftlos bezeichnet.

Nach dem Petit Parisien bezeuge die Ansprache den guten Willen eines Mannes, der alles hat vermeiden wollen, was irgendwelche Mitglieder der Kommission hätte verstimmen können. Das Blatt ist zufrieden mit den Stellen der Rede, in denen es eine Bestätigung der französischen These erblicken zu können glaubt, aber unzufrieden darüber, daß Henderson nicht die geringste Anspielung auf Sanktionen und gegenseitige Garantien gemacht habe. — Der Außenpolitiker des Echo de Paris nennt die Rede des Präsidenten ziemlich unbedeutend. Sie sei vom ehemaligen Sekretär des Foreign Office, Noel Baker, der früher Beamter des Völkerbundes war, ausgearbeitet und vom Völkerbundssekretariat verbessert worden, denn an gewissen Stellen sei sie ziemlich gefährlich und parteiisch gegen die französische These. Henderson könne dem Völkerbundssekretariat nichts abschlagen, denn dieses habe für ihn eine Tagesentschädigung von 140 Schweizer Franken durchgedrückt.

Aus Londoner Blättern

Times, die einige spitzige Bemerkungen über Hendersons Eröffnungsrede machen, beurteilen die Aussichten der Konferenz bemerkenswert skeptisch. Das Blatt sagt, die Konferenz hätte kaum in einem ungünstigeren Zeitpunkt zusammentreten können. — Daily Telegraph schreibt, die Hauptsache sei, daß ein guter Anfang gemacht werde, denn die Folgen eines Zusammenbruches der Konferenz beim Beginn der Arbeiten würden unheilvoll sein. — Die rechtskonservative Morningpost drückt ironisch die Hoffnung aus, daß die Konferenz in Genf weniger kostspielig als ein Krieg sein werde, bezweifelt aber, daß sie imstande sein werde, einen Ersatz für die hergebrachten Methoden zu finden, mit denen der Friede in dieser unvollkommenen Welt bisher aufrechterhalten worden sei. — Der liberale News Chronicle und das Arbeiterblatt Daily Herald drücken in herzlichen Worten die Hoffnung aus, daß der Erfolg näher sei als man glaube.

Belagerungszustand in Nanking

Reuter berichtet aus Nanking, 3. Februar: In einer Konferenz, die vier chinesische Beamten, der japanische Konsul und der japanische Marinebefehlshaber gestern nachmittag an Bord eines japanischen Kriegsschiffes hatten, einigte man sich dahin, daß keine Partei feuern solle, außer wenn sie angegriffen wird. Der Belagerungszustand ist über die Stadt verhängt worden.

Das amerikanische Marinedepartement teilt mit, daß 35 amerikanische Staatsangehörige im Interesse ihrer Sicherheit Nanking verlassen haben.

An den Preiskommissar

Ein Schreiben des Gewerkschaftsringes Rheinland-Westfalen

Der Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände, Provinzialverband Rheinland-Westfalen, hat sich im Vorstand seiner Preisüberwachungskommission vor einigen Tagen mit den Auswirkungen der Preissenkungsaktionen beschäftigt und als Ergebnis an den Preisüberwachungskommissar Dr. Goerdeler, Berlin, ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt:

„Der Widerstand, den die Durchführung der Preissenkungsaktion, wie sie in der Notverordnung vom 8. Dezember vorgesehen ist, im hiesigen Gebiet gefunden hat, vor allem aber bei den kommunalen Betrieben wie Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken und den verschiedenen Verkehrsgesellschaften, veranlaßt die im Gewerkschaftsring zusammengeschlossenen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände zu der dringenden Bitte, mit den Vertretern der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen eine Besprechung herbeizuführen, um alle notwendigen Maßnahmen zur Sicherung der infolge der umfangreichen Gehalts- und Lohnsenkungen unbedingt erforderlichen Senkung der Lebenshaltungskosten zu treffen.

Der Lebenshaltungsindex der Stadt Essen ist z. B. vom 9. Dezember bis Ende Januar 1932 von 122,6 auf 117,2 gesunken, also nur um 4,48 Prozent. Die öffentlichen Tarife haben entweder keine oder eine nur ganz unbedeutende Senkung erfahren. Aus allen Städten unseres Gebietes erhalten wir ähnliche Nachrichten durch die von uns eingesetzten örtlichen Preisüberwachungsausschüsse. Auch aus den direkt an Sie gelangten Mitteilungen werden Sie den Eindruck gewonnen haben, daß die Preissenkungsaktion im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet noch nicht als beendet gelten darf. Wir erwarten daher zuversichtlich, daß Sie unserem Wunsch, durch eine solche gemeinsame Aussprache auch eine gemeinsame Arbeit auf diesem Gebiete zu ermöglichen, sobald wie eben möglich entsprechen.

Der grundsätzlichen Bedeutung wegen haben wir dieses Schreiben der Presse zur Veröffentlichung übergeben."

Zersetzungsversuche bei der Reichswehr — 6 Haftbefehle

Der Polizeipräsident von Berlin teilt mit: Am 20. Januar wurden in Berlin-Falkensee eine Anzahl von Personen festgenommen, die in dem dringenden Verdacht standen, die Zersetzung der Reichswehr in Elsgrund im Auftrage der KPD. zu betreiben. Bei den Durchsuchungen wurde umfangreiches kommunistisches Zersetzungsmaterial, bei einem der Beschuldigten wurden außerdem drei Pistolen, Munition, ein MG.-Schloß, Handgranatenköpfe und Zünder gefunden. Die Festnahme eines der Täter gelang gerade in dem Augenblick, als er in einem Cafe in Berlin bei einem Reichswehrangehörigen saß und versuchte, von diesem über militärische Dinge etwas zu erfahren. Die von ihm hierüber gemachten Notizen hatte er vor sich liegen. Gegen die Beschuldigten ist ein Strafverfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat eingeleitet worden. Vom Vernehmungsrichter wurde gegen sechs Personen Haftbefehl erlassen.

Verwaltungsvereinfachungen

Eine Rede Hirtsiefers auf der Vorstandssitzung des preuß. Zentrums

In der in Berlin abgehaltenen erweiterten Vorstandssitzung der preußischen Zentrumspartei erstattete Wohlfahrtsminister Hirtsiefer einen eingehenden Bericht über die Politik des preußischen Zentrums in den letzten Jahren und über die Entwicklung in Preußen, das, wie er betonte, in der ganzen Zeit nach der Staatsumwälzung eine stetige, nach besten Kräften aufbauende Politik betrieben und durch die Stetigkeit seiner Politik wesentlich dazu beigetragen hat, daß die Dinge im Reich bisher einen ungehinderten Fortgang nehmen konnten.

Der Minister erklärte dann, der Kölnischen Volkszeitung zufolge, u. a.: Was geschieht nun in Preußen? Preußen war stets bereit, im Reiche aufzugehen. Wir haben aber bisher den Standpunkt vertreten, daß Preußen nicht daran denken kann, schlechter behandelt zu werden, als die übrigen deutschen Länder. So einfach, wie sich viele Menschen die Regelung der Dinge von Reich und Preußen vorstellen, ist sie gewiß nicht. Ebenso unhaltbar wäre es, anzunehmen, daß etwa nur im Reich sparsam gewirtschaftet würde, während in Preußen eine verschwenderische Wirtschaft herrsche. Wir sind gewiß durch die Verhältnisse gezwungen worden, auf manchen Gebieten Ausgabensteigerungen vorzunehmen, die heute schwer zu tragen sind. Das waren aber meist auch Wendungen auf kulturellem Gebiet. Ganz selbstverständlich ist es, daß wir auch in Preußen weitere Verwaltungsvereinfachungen durchführen müssen. Eine Verwaltungsreform hat sich in Preußen ausgezeichnet bewährt, nämlich die Form des Landkreises, in der der Landrat sowohl Staatsbeamter als auch Leiter der Selbstverwaltung des Kreises ist. Es wird des ferneren durchaus darüber zu reden sein, was von den bisherigen Aufgaben der Versicherungsträger und der Versicherungsbehörden weiter bestehen bleiben muß. Es ist durchaus die Möglichkeit gegeben, den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen. An all diesen Dingen intensiv und praktisch mitzuarbeiten, wird Preußen jederzeit bereit sein. Wenn wir aus der gegenwärtigen Notzeit herauskommen wollen, ist es nicht nur notwendig, Verwaltungsvereinfachungen zu treffen, sondern wir müssen uns darüber klar sein, daß die Dinge wieder auf einen anderen Nenner gebracht werden müssen. Alle Kräfte müssen angespannt werden, um wieder Arbeit zu beschaffen, um den Menschen wieder Arbeit und Brot zu geben und sie aus der Verzweiflung der Arbeitslosigkeit herauszuheben. Preußen wird für seinen Teil jederzeit bereit sein, diese Aufgabe mitzuübernehmen.

Wir werden auch in Zukunft stets bereit sein, so erklärte der Minister zum Schluß, mit jedem mitzuarbeiten, der mit uns ehrliche Koalitionspolitik machen will.

Genf



während der
Rede hält

chen Staatsangehörig-
Stadt Danzig und
cia-Komitees zu be-
iter von dem Bericht
rps über die dortigen
men. Die Tatsache,
der Mächte begrüßt
nhängen, daß, wie
rwägungen darüber
orgehen Japans mit
sses aus dem Völker-

gnahme

e eine Unterredung
minister Grandi und
skommissar Litwinoff
emeine Tendenz der
t werden muß, wer-
iesen Besprechungen
ert.

e Beobachter

tet, werden im Auf-
von Epp und Oberst
Genf fahren, um als
gen der Abrüstungs-

Hendersons

nicht zufrieden
d von der französi-
rblos, als saft- und

ezeuge die Ansprache
nnes, der alles hat
ndwelche Mitglieder
nmen können. Das
Stellen der Rede, in
r französischen These
, aber unzufrieden
t die geringste An-
gegenseitige Garan-
Außenpolitiker des
ede des Präsidenten
sei vom ehemaligen
e, Noel Baker, der
ndes war, ausgear-
Sekretariat verbessert
tellen sei sie ziemlich
gen die französische
n Völkerbundssekre-
dieses habe für ihn
von 140 Schweizer

lättern.

Bemerkungen über
machen, beurteilen
enz bemerkenswert
ie Konferenz hätte
n Zeitpunkt zusam-
Telegraph schreibt,
ter Anfang gemacht
s Zusammenbruches
er Arbeiten würden
skonservative Mor-
ffnung aus, daß die
kostspielig als ein
ber, daß sie imstande
die hergebrachten
nen der Friede in
bisher aufrechterhal-
le News Chronicle
Herald drücken in
ung aus, daß der
ibe.

in Nanking

ng, 3. Februar: In
hinesische Beamten,
japanische Marine-
ag an Bord eines
en, einigte man sich
n solle, außer wenn
Belagerungszustand
worden.
edepartement teilt
taatsangehörige in
Nanking verlassen

Auswärtiger Ausschuß erst nach Rückkehr des Kanzlers aus Genf

Obwohl noch nicht alle Reichstagsfraktionen zu dem kommunistischen Antrag auf Einberufung des Auswärtigen Ausschusses wegen der politischen Verwicklungen im Fernen Osten Stellung genommen haben, läßt sich doch, wie das VDZ.-Büro erfährt, jetzt schon übersehen, daß ein Zusammentritt des Auswärtigen Ausschusses gegenwärtig nicht in Frage kommt. Der sozialdemokratische Fraktionsvorstand hat zwar beschlossen, den kommunistischen Antrag zu unterstützen, er hat sich aber mit einer Verschiebung der Ausschußsitzung bis zur Rückkehr des Reichskanzlers aus Genf einverstanden erklärt. Zu diesem Zeitpunkt dürfte dann auch die Reichsregierung nach unseren Informationen nichts mehr gegen Beratungen im Auswärtigen Ausschuß einzuwenden haben.

Abreise der Völkerbundskommission

Die Mitglieder des Untersuchungsausschusses des Völkerbundes für die Mandschurei haben sich in Le Havre an Bord des Dampfers „Paris" begeben, um über Newyork an ihren Bestimmungsort zu gelangen. An Bord befinden sich: das deutsche Mitglied des Ausschusses, Gouverneur a. D. Reichstagsabgeordneter Dr. Schnee, in dessen Begleitung Legationsrat von Kotze reist, außerdem das französische und das italienische Mitglied. Der englische Delegierte wird in Plymouth an Bord gehen.

Abrüstungskundgebung in London

Anläßlich der Eröffnung der Abrüstungskonferenz in Genf fand in der Albert-Hall in London eine riesige Abrüstungskundgebung statt, bei der eine große Zahl kirchlicher Würdenträger nachdrücklich für allgemeine Abrüstung eintrat. Der Erzbischof von York, der den Vorsitz führte, erklärte u. a.:

Wir müssen bereit sein, unsere Hilfsquellen und die Sicherheit unserer Nachbarn zur Verfügung zu stellen. Im gegenwärtigen Augenblick bedeutet internationales Zusammenwirken einen Gewinn für uns.

Bürgersteuer bei Kurzarbeitern

Personen, die 1930 einkommensteuerfrei waren, haben nach der bestehenden Rechtslage nur die halbe Bürgersteuer zu entrichten. Diese Vorschrift wirkt sich für die große Zahl der Kurzarbeiter, die im Jahre 1930 noch einen die Lohnsteuerfreigrenze übersteigenden Lohn gehabt hatten und von denen daher jetzt in der Steuerkarte die volle Bürgersteuer angefordert werden mußte, besonders hart aus. Der Reichsminister der Finanzen hat daher dem Reichsrat den Entwurf einer Verordnung vorgelegt. Hiernach hat der Arbeitgeber bei solchen Arbeitnehmern, für die wegen Nichtüberschreiten der Lohnsteuerfreigrenze am Fälligkeitstage der Bürgersteuer Lohnsteuer nicht einzubehalten ist, statt der vollen, nur die Hälfte der in der Steuerkarte angeforderten Bürgersteuerrate einzubehalten. Dies gilt natürlich nicht für diejenigen Fälle, in denen bereits wegen Einkommensteuerfreiheit im Jahre 1930 auf der Steuerkarte nur der halbe Bürgersteuerbetrag angefordert worden ist. Die vorgesehene Erleichterung soll, wenn der Reichsrat zustimmt, bereits für die Bürgersteuerrate gelten, die am 10. Februar 1932 fällig wird.

Schreckensnacht auf Cuba

Wie Associated Preß aus Havanna meldet, ist die Stadt Santiago de Cuba durch ein Erdbeben teilweise zerstört worden. Etwa 2000 Menschen sollen umgekommen sein.

Von einer vor Santiago liegenden Jacht aus wurden Mittwoch früh 1.30 Uhr schwere Erdstöße und das Einstürzen von Gebäuden wahrgenommen.

Eine andere Meldung berichtet, es habe sich ein fünfter Erdstoß ereignet. Viele Kinder seien getötet worden. Die Zahl der Verletzten betrage ungefähr 2000. Das Dach der Frauenabteilung des städtischen Krankenhauses ist eingestürzt; viele Frauen und Kinder fanden dabei den Tod.

500 Häuser sind zerstört worden.

Dann kommt die Meldung: Das Feuer, das die Stadt nach dem Erdbeben heimsuchte, brach an verschiedenen Stellen der Stadt zugleich aus. Da Wassermangel herrschte, griff es ungehindert mit großer Schnelligkeit um sich. Eine große Anzahl Gefangener, die in ihren Zellen eingeschlossen waren, und die man nicht befreien konnte, fanden den Tod, oder wurden erheblich verletzt. Man schätzt jetzt die Zahl der Todesopfer auf 500, die der Verletzten auf 1000.

Eine weitere Nachricht lautet: Große Teile der Stadt sind in völliges Dunkel gehüllt. Unter der Bevölkerung herrscht Panik. Aus den Trümmern der eingestürzten Häuser, die die Straßen bedecken, tönt Schreien und Klagen. Im unteren Stockwerk eines großen Gebäudes fand man die Leichen von 14 Personen, die beim Einsturz des Hauses erschlagen wurden.

Nach in Newyork eingetroffenen Privatmeldungen aus Santiago de Cuba dürfte das Erdbeben bei weitem nicht so hohe Verluste an Menschenleben zur Folge gehabt haben, wie die bisherigen Meldungen vermuten ließen. In diesen Privatmeldungen wird die Zahl der Toten schätzungsweise mit zehn, die der Verletzten mit etwa 70 angegeben.

Eine der Associated Preß übermittelte Meldung des Bürgermeisters von Santiago berichtet, daß acht Personen getötet und dreihundert verletzt worden seien.

Der ostasiatische Krieg

Freundschaftliche Vorstellungen Deutschlands

Die deutsche Regierung hat ihre Botschaft in Tokio und ihre Gesandtschaft in Nanking telegraphisch beauftragt, der japanischen und der chinesischen Regierung in freundschaftlicher Form zu erklären, daß die deutsche Regierung angesichts der letzten Entwicklung in Ostasien im Interesse der Wiederherstellung friedlicher Zustände sich gegenüber beiden Regierungen dem Vorschlage der anderen Mächte anschließt, daß erstens alle kriegerischen Maßregeln und Kriegsvorbereitungen eingestellt werden, insbesondere die Feindseligkeiten in Schanghai alsbald ihr Ende finden, zweitens zwischen den beiden beteiligten Regierungen sofort Verhandlungen im Geiste des Kelloggpaktes und der Entschließung des Völkerbundsrates vom 10. Dezember 1931 beginnen möchten.

Die Vossische Zeitung schreibt zu diesem Schritt der deutschen Regierung, die Teilnahme der Reichsregierung an der englischen Vermittlungsaktion im ostasiatischen Konflikt ist Mittwoch abend in einer Sitzung der Chefs der Ministerien beschlossen worden, nachdem Deutschlands Vertreter im Rat, Gesandter Freiherr von Weizsäcker, die deutsche Zustimmung schon auf der Nachmittagssitzung in Genf angekündigt hatte. Für eine diplomatische Intervention in Tokio und Nanking muß die Reichsregierung eine andere Form wählen, als die Staaten, die, wie England oder Frankreich, Niederlassungen in China haben, oder wie Italien, besondere Exterritorialrechte in den chinesischen Hafenstädten besitzen. Infolgedessen hat die Reichsregierung ihre diplomatische Aktion als Mitglied des Völkerbundsrates streng nach den Satzungen des Völkerbundes unternommen.

Times melden aus Washington, in offiziellen Kreisen werde Deutschlands unabhängige Aktion, das Vorgehen der anderen Mächte in Tokio und Nanking durch Vorstellungen zugunsten des Friedens zu unterstützen, begrüßt.

Japan gegen die Vorschläge der Mächte

Reuter meldet aus Tokio, 3. Februar: Anzuständiger japanischer Stelle wird erklärt, Japan würde sich sehr glücklich schätzen, wenn die Feindseligkeiten eingestellt würden, es sei jedoch nicht in der Lage, den Punkt 5 der Vorschläge der drei Mächte anzunehmen, der bestimmt, daß sofortige Maßnahmen zur Beilegung der Meinungsverschiedenheiten ergriffen würden.

*

Wie die Agentur Indo-Pacifique aus Schanghai berichtet, sollen die Japaner nach Meldungen aus Tokio den Vorschlag der Schaffung einer neutralen Zone abgelehnt haben.

Japan will die Küstenfestung nehmen

Aus Schanghai, 3. Febr., wird berichtet: Die japanischen Streitkräfte haben um 11,30 Uhr vormittags örtlicher Zeit zu Lande und zu Wasser einen Angriff auf die Wusung-Forts begonnen. Sechs japanische Zerstörer bombardieren die Forts, um die Landung der japanischen Truppen zu decken.

Von chinesischer militärischer Seite wird nach einer Reutermeldung behauptet, daß einer der japanischen Zerstörer die die Beschießung der Wusung-Forts eröffneten, durch das Feuer von den Wusung-Forts versenkt wurde, und daß die chinesische Besatzung die Forts hält.

Eine weitere Meldung berichtet:

Der japanische Generalkonsul in Schanghai teilte dem britischen und dem amerikanischen Generalkonsul offiziell mit, daß Japan die Absicht habe, die Wusung-Forts sofort zu besetzen.

Das Bombardement der japanischen Kreuzer und Flugzeuge, das auf den Forts Wusung und Puschan liegt, ist außerordentlich heftig.

Granaten bedrohen amerikanischen Besitz

Zwei Blindgänger fielen heute in unmittelbarer Nähe der Tankanlagen der britischen Asiatic Petroleum Company auf der Goughinsel im Whanpufluß nieder, halbwegs zwischen Schanghai und Wusung. Man weiß nicht, ob es sich um japanische oder um chinesische Granaten handelte. Am Nachmittag schlug eine Anzahl Granaten vor den Lagerstätten der Asiatic Petroleum Company und der American Texas Oil Company ins Wasser ein. Der amerikanische Zerstörer 218 liegt zurzeit vor der Landungsbrücke der American Texas Oil Company vor Anker.

Neuer Brand in Tschapei

Am Mittwoch früh herrschte an der Tschapai-Front Ruhe; nur vereinzelte Schüsse von Scharfschützen waren vernehmbar. Im Nordwesten von Tschapai ist ein neuer Brand ausgebrochen.

Die japanischen Gesamtverluste

Nach Nachrichten aus japanischer Quelle sollen sich die Verluste der Japaner seit Beginn der Kämpfe in Schanghai auf 20 Tote und 173 Verletzte, darunter 82 Schwerverletzte, belaufen.

Protestnote Washingtons an Japan?

Aus Washington, 3. Febr., wird gemeldet: Im Staatsdepartement wird angesichts der unnachgiebigen Haltung Japans die Lage in Schanghai als äußerst bedrohlich bezeichnet. Dem gestrigen Friedensvorschlag werde heute eine sehr scharfe Protestnote folgen, und man werde energisch auf eine umgehende Einstellung der japanischen Feuertätigkeit drängen. Es wurde vom Staatsdepartement bestätigt, daß China bereits den amerikanischen Waffenstillstandsvorschlag angenommen hat.

Die Kämpfe in Schanghai

Die Agentur Indo Pazifique berichtet aus Schanghai, daß auf das Arsenal von Kao Schang Miao zwei Flugzeuge fünf Bomben abgeworfen hätten, die aber nicht explodierten. Japanische Nachrichten besagen, daß 10 000 Mann der Truppen Tschiangkaischeks aus Honau eingetroffen seien. Die Eiserne Division der Chinesen rücke auf Schanghai vor.

Teilweises Nachgeben Japans?

Von japanischer Seite verlautet in Genf, daß Japan die Intervention der Mächte, soweit sie Schanghai betrifft, annimmt. Die Japaner verlangen aber, daß die Mandschurei von dieser Intervention ausdrücklich ausgeschlossen bleibt.

Keine Unterbrechung des Verkehrs auf der ostchinesischen Eisenbahn

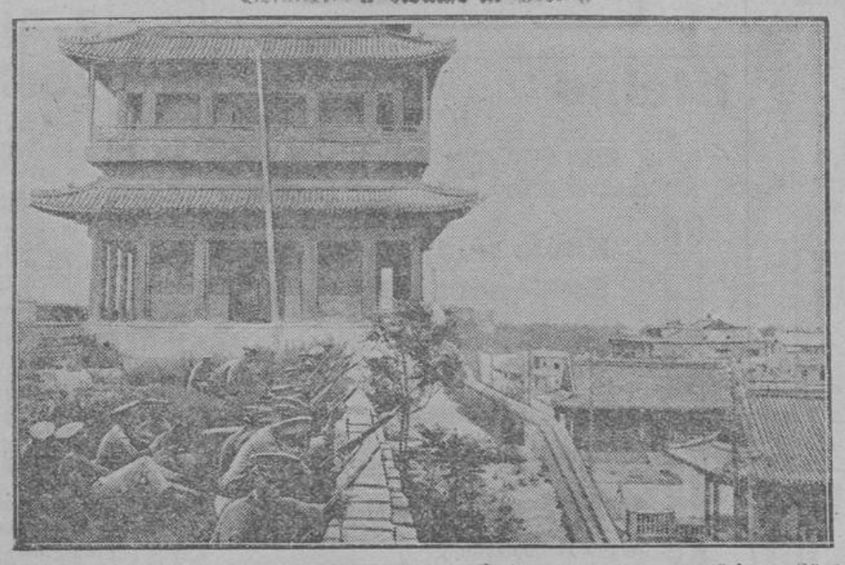
Die Telegraphenagentur der Sowjetunion ist ermächtigt, Meldungen über eine angebliche Störung oder sogar Einstellung des Verkehrs in Sibirien, auf der ostchinesischen Eisenbahn usw. als jeglicher Grundlage entbehrend zu dementieren.

Der genannten Telegraphenagentur wird aus Peking gemeldet: Die Lage in Charbin ist nach wie vor gespannt. Trotz des Widerstandes der chinesischen Truppen nähern sich die japanischen Truppen Charbin. Das japanische Kommando wandte sich an die sowjetrussischen Verwaltungsbehörden der ostchinesischen Eisenbahnen mit der Bitte um Beförderung der japanischen Truppen aus Tsitsikar. Der sowjetrussische Vizevorsitzende der Verwaltung der ostchinesischen Bahn erklärte, daß dies von den chinesischen Verwaltungsstellen abhänge. Nur im Falle deren Einverständnisses könne die Frage zustimmend entschieden werden.

Die Geschäftslage

Wie der Ostasiatische Verein in Hamburg mitteilt, ist bei ihm von einer Mitgliedsfirma folgendes Telegramm aus Schanghai eingegangen: Politische Lage kein Grund zur Beunruhigung, aber Geschäft gefährdet. Chinesische Banken und Geldbörse geschlossen, das chinesische Postamt praktisch ebenso. Die Banken haben europäischen Firmen nahegelegt, sich gegen Kriegsgefahr zu versichern, aber die deutsche Handelskammer hat in einer Vorstandssitzung am Montagnachmittag und die General Chamber of Commerce am Dienstagnachmittag beschlossen, daß eine Kriegsversicherung unnötig erscheine, die deshalb einstimmig abgelehnt wurde.

Gesandtschaftswache in Peking



Die militärischen Wachen bei den diplomatischen Vertretungen der europäischen Länder in Peking — Deutschland hat keine Schutzwache dort — befinden sich ebenfalls in erhöhter Alarmbereitschaft. Unsere Aufnahme zeigt die amerikanische Gesandtschaftswache bei einer Übung

Autounfall des Oberbürgermeisters Adenauer und des Generaldirektors Silverberg

Am Mittwochnachmittag gegen 4 Uhr erlitt Oberbürgermeister Dr. Adenauer, als er sich in seinem Wagen von der Sitzung des Rheinischen Provinzialausschusses in Düsseldorf nach Hause begeben wollte, in der Nähe der Neußer Brücke einen Autounfall. Sein Wagen stieß mit einem anderen Auto zusammen. Oberbürgermeister Dr. Adenauer blieb unverletzt, dagegen wurde das Mitglied des Provinzialausschusses, Generaldirektor Dr. Silverberg, der als Gast im Wagen fuhr, am Kopf verletzt. Dr. Silverberg wurde im städtischen Krankenhaus Neuß verbunden, konnte aber seine Fahrt im eigenen Auto, das hinter dem Wagen des Oberbürgermeisters Dr. Adenauer gefahren war, fortsetzen, nachdem er sich kurze Zeit erholt hatte.

Die Warenhausfrage im Reichswirtschaftsrat

Der Arbeitsausschuß des Reichswirtschaftsrats, der sich mit der Frage der Konzessionierung von Warenhäusern und Einheitspreisgeschäften und der Erweiterung der Untersagungsbefugnis zu beschäftigen hat, beendigte am Mittwoch seine Verhandlungen. Der Ausschuß hörte etwa 80 Sachverständige der beteiligten Verbände. Die endgültige Erledigung des Stoffes durch den Arbeitsausschuß ist in zwei bis drei Wochen zu erwarten.

Erfolge deutscher Musiker im Auslande

Auf Einladung des litauischen Staatstheaters und der Philharmonischen Gesellschaft in Kowno dirigierte mit großem Erfolge Dr. Helmuth Thierfelder-Berlin ein Symphonie-Konzert des Staatstheaterorchesters. Das Orchester folgte dem Dirigenten glänzend.

*

Das Berliner Philharmonische Orchester wiederholte am Dienstag in der Queens-Hall in London mit einem Brahms-Programm den großen Erfolg, den es am Montagabend mit einem Schubert-Programm erzielt hatte. Begeistert beklatscht wurde der Solist Hubermann, der das Violinkonzert von Brahms zu Gehör brachte. Das Londoner Publikum brachte dem Dirigenten Furtwängler und dem Orchester stürmischen Beifall.

Kleine polit. Nachrichten

Der Kronprinz von Aethiopien beim Reichspräsidenten

Der Reichspräsident empfing den Besuch des in Berlin weilenden Kronprinzen Asfau Wossän von Aethiopien, der sich in Begleitung seines Schwagers, des Prinzen Dedschasmatsch Desta Mamtu, befand. An dem Empfang nahmen die Begleitung des Kronprinzen, so wie die Umgebung des Reichspräsidenten und Vertreter des Auswärtigen Amtes teil.

Vereinfachung im Reichsverkehrsministerium

Der Reichsverkehrsminister hat angeordnet, daß das Reichsverkehrsministerium künftig nur noch aus folgenden Abteilungen bestehen wird: Schiffahrts- und Kraftverkehrsabteilung, Wasserbautechnische Abteilung, die beiden Eisenbahnabteilungen und die Luftfahrtabteilung.

Verschobene Reichsratssitzung

Eine für Donnerstag in Aussicht genommene Vollsitzung des Reichsrats ist abgesagt worden, weil die Durchführungsverordnung zur Ablösung der Gebäudeentschuldungssteuer noch nicht verhandlungsreif ist. Die Ausschußberatungen über diesen Gegenstand können erst am Dienstag der nächsten Woche festgesetzt werden. Die Verabschiedung der Vorlage im Reichsrat selbst soll dann, wie das VDZ.-Büro hört, am Donnerstag der nächsten Woche erfolgen. In dieser Vollsitzung sollen auch die Verordnung über das Zugabewesen, Halbierung der Bürgersteuer für Kurzarbeiter und vielleicht auch die Verordnung erledigt werden, die das ausländische Landarbeiterkontingent für 1932 festsetzt.

Präsident Grund Mitglied des Verwaltungsrates der Reichsbahn

Wie wir vom Reichsverkehrsministerium erfahren, ist der Präsident des Industrie- und Handelstages, Grund, zum Mitglied des Verwaltungsrates der Reichsbahn ernannt worden.

Zwischenfälle

Aus Schweidnitz wird gemeldet: Bei der Beerdigung der beiden von Waldhütern in Konradswaldau erschossenen Kommunisten kam es zu Zwischenfällen. Dem Verbot der Polizei, rote Fahnen im Leichenzug mitzuführen, kamen die Kommunisten nicht nach, worauf die Schupo gegen die nahezu 2000köpfige Menge mit dem Gummiknüppel vorging. Dabei wurde eine Anzahl Personen verletzt.

Amerika untersucht die Frage einer neuen Zollerhöhung

Aus Washington wird berichtet: Der Finanzausschuß des Senats hat beschlossen, durch den Zollausschuß eine Untersuchung darüber anstellen zu lassen, ob sich nicht die Notwendigkeit ergibt, die Schädigung des amerikanischen Außenhandels durch die Entwertung verschiedener Währungen dadurch zu kompensieren, daß die amerikanischen Zollsätze zeitweilig erhöht werden.

Der Felgendreher-Prozeß

Zu Beginn der Mittwochverhandlung im sogenannten Felgendreher-Prozeß erklärte die Zeugin Frau Scheufler ebenso wie ihr Ehemann nochmals, daß Wolff in ihrer Wohnung tatsächlich davon gesprochen habe, er wolle sich die ausgesetzte Belohnung in Höhe von 1000 Mark verdienen. Das veranlaßt R.-A. Neuwahl zu der Erklärung, daß er Bedenken habe, die gemeinsame Verteidigung des Angeklagten Wolff und die der weiteren Angeklagten Natrup und Hartwig weiterzuführen. Das Gericht möge Wolff einen anderen Verteidiger stellen. Nach kurzer Beratung stellte dann das Gericht R.-A. Neuwahl anheim, nur Wolff weiter zu verteidigen, während R.-A. Ruschen sich der beiden anderen Angeklagten annehmen soll. R.-A. Neuwahl ist damit nicht einverstanden, er will auch die Verteidigung des Wolff aufgeben. Damit wäre der Prozeß aufgeflogen. Der Vorsitzende macht darauf den Verteidiger darauf aufmerksam, daß er für diesen Fall die gesamten Prozeßkosten übernehmen müsse. Schließlich ist Neuwahl doch mit dem Vorschlag des Gerichts einverstanden, ebenso wie auch R.-A. Ruschen.

Darauf begann

der Staatsanwalt sein Plädoyer,

in dem er zunächst die Waffenvergehen und Geheimbündeleidelitte durchsprach, um sodann folgende

Anträge

zu stellen: Es sollen verurteilt werden Zingel zu insgesamt 2 Jahren, Wolff 1 Jahr und 1 Monat, Versteck zu 1 Jahr, Heidt, den der Staatsanwalt als geistigen Führer der geheimen Gruppe bezeichnete, zu vier Jahren, Lackinger zu 5 Monaten, Lenatz zu 8 Monaten und Henseleit zu 4 Monaten Gefängnis unter Anrechnung der verbüßten Untersuchungshaft.

Dann wandte sich der Staatsanwalt dem Hauptpunkt der Anklage, der Erschießung des Felgendreher, zu und kam zu der Auffassung, daß es sich, wie die Beweisaufnahme ergeben habe, bei der Tat um einen vorsätzlichen und überlegten Mord gehandelt habe. Er beantragt daher

gegen die vier Hauptangeklagten Zingel, Wolff, Versteck und Schuler die nach Gesetz und Recht vorgesehene Todesstrafe,

ferner gegen Natrup wegen Beihilfe und Waffenvergehens eine Gesamtgefängnisstrafe von 2 Jahren und 6 Monaten (Natrup ist noch strafunmündig), gegen Hartwig wegen Begünstigung und Vergehen gegen das Waffengesetz ein Jahr und zwei Monate Gefängnis, und gegen Günther, der Bescheid gewußt habe (ebenso wie Natrup), daß die Tat ausgeführt werden sollte und dennoch die Patronen an Wolff und Zingel ausgehändigt hat, wegen Beihilfe zum Mord und Vergehens gegen das Waffengesetz eine Gesamtzuchthausstrafe von 4 Jahren und drei Monaten, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf (bei den Hauptangeklagten auf Lebenszeit) und Stellung unter Polizeiaufsicht. Was die vier Hauptangeklagten angehe, so sei er tief erschüttert, so betonte der Staatsanwalt, daß er von diesen nicht eine Spur von Reue gesehen habe.

Die Angeklagten selbst nahmen die Anträge gefaßt und ohne sichtbare Bewegung auf.

Herabgesetzte Einkommensgrenze für Rentenempfänger

Durch eine Verordnung des Reichsarbeitsministers wird für Rentenempfänger die Einkommensgrenze ab 1. Januar herabgesetzt, sodaß die bisher aus öffentlichen Mitteln gezahlten Renten im allgemeinen unberührt bleiben.

Vereitelter Anschlag in Kairo

Nach einer Meldung aus Kairo fand ein Polizeibeamter vor dem Hause des Ministerpräsidenten eine Bombe mit brennender Lunte. Er konnte diese jedoch zeitig genug löschen, so daß die Bombe nicht zur Explosion kam.

Frankfurter Sechstagerennen

Im Frankfurter Sechstagerennen setzte die Jagd erst nach der Abendwertung ein. Spurtsieger wurden: Deneef, Göbel, Deneef, Servergnini, Deneef, Severanini. Nach den Wertungen schossen Charlier-Deneef los und gewannen eine Runde. Dann aber kam es zu einem harten Kampf der Paare Schön-Tietz und Rausch-Hürtgen, die schließlich nach längerer Jagd, in der es durcheinanderging, eine Runde gewinnen konnten. Die Jagd setzte wieder ein, als gegen 22,40 Uhr folgender Stand bekanntgegeben wurde:

Spitze: Rausch-Hürtgen 335 Punkte. 2. Schön-Tietz 186; — **eine Runde zurück:** 3. Göbel-Dinale 186; — **zwei Runden zurück:** 4. van Kempen-Brasspenning 266. 5. Charlier-Deneef 191; — **drei Runden zurück:** 6. Negrini-Servergnini 186, 7. Maidorn-Kroll 86. 8. Broccardo-Wambst 73; — **fünf Runden zurück:** 9. Zims-Schorn 125. — Ersatzmann: Oesterreich.

Zehnter Jahrestag der Papstkrönung

Am 12. Februar wird in Rom in der Peterskirche der zehnte Jahrestag der Krönung des Papstes Pius XI. gefeiert. Der Jahrestag der Papstwahl ist der 6. Februar



Einmal hin – einmal her – gleich blitzende Reinheit!



Sonnenschein lacht Sie an – Sonnenschein durch Ata! Es macht Freude mit Ata zu arbeiten. Es spielt keine Rolle, ob es Metall, Holz, Glas oder Stein ist – alles strahlt in schönster Pracht. – Ata ist fein und sichert höchste Ergiebigkeit! Die handliche Streuflasche macht das Putzen bequem! Für Pfennige so viel gute Qualität! Für Pfennige Sonnenschein im Heim! Verstehen Sie nun, warum Millionen Hausfrauen in aller Welt begeisterte Atafreundinnen sind?

Volks-Putzmitel – das ist



Henkel's Putz- und Scheuerpulver **ATA** putzt und scheuert alles.

Hergestellt in den Persil-Werken.

Nehmen Sie zum Aufwaschen, Spülen und Reinigen Henkels

IMI A 162/31 e

Erste Kraft

mit langjährig. theor. u. prakt. Erfahrungen in der modernen Kolbenringfabrikation ges. sofort oder 1. 4. 32

Nur Angebote mit festen Gehaltsanspr. bef. u. D. P. 8178 Rudolf Mosse, Frankfurt / M.

Modenschau

Lyon's illustrierte Zeitschrift für Heim und Gesellschaft

Erscheint monatlich in eleganter, mehrfarbiger Ausstattung im Umfange von 64 Seiten

34 Seiten Mode

30 Seiten Unterhaltung.

Über 120 neue Modelle in jedem Heft

Preis 70 Pfennig

Unentbehrlich für Schneiderei

Zu haben in allen Buchhandlungen.

Der bestellte

gemahlene Düngekalk

kann an meinem Lager abgeholt werden.

Wilhelm Haas

Burscheid, Tel. 595.

Turngemeinde Burscheid e. V.

Kreis 8 b — Bergischer Gau.

Freitag, den 5. Februar, abends 8.30 Uhr, im Vereinslokal Bruno Lungstraß

Monats-Versammlung

Tagesordnung:

1. Kassenbericht.
2. Gauturntag.
3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen bittet:

Der Turnrat.



Kleine Anzeigen

Käufe und Verkäufe
Stellengesuche
Stellenangebote
Vermietungen
Mietsgesuche
Familienanzeigen

weiteste Verbreitung

in der Heimatzeitung

Bergischer Volksbote

(Burscheider Zeitung)

Sofort oder später zu vermieten, in ruhigem besseren Haus, zwischen Burscheid und Hilgen, abgeschlossene moderne große

3-Zimmer-Wohnung

mit Diele, 1. Etage, monatl. 44 RM, mit schöner Mansarde 50 RM, Gärtchen vorhanden.

Angebote unter E. M. 100 an den Bergischen Volksboten in Burscheid.

Schöne geräumige

2-Zimmer-Wohnung

sofort oder später zu 24.— RM in Hilgen-Dünweg zu vermieten.

Angebote unter L. 205 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Wer einen

Stempel

braucht, wende sich an

Franz Ansin, Burscheid-Hauptstr. 33



Stempelkissen - Stempelfarbe

3 bis 4 Zimmer-Wohnung

zum 1. 3. oder 1. 4. in Burscheid zu mieten gesucht.

Angeb. unter **M. M. 304** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Schwitze und bade Dich gesund

Kurbad J. Hammerschmidt

Opladen, Humboldtstraße 19—23

Mittwochs billiger Badetag. 1 Wannenbad 60 Rpf. Alle med. Bäder und Anwendungen **10 Proz. Preissenkung**

Bergischer Volksbote

Burscheider Zeitung

Nr. 29 2. Blatt — Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid — Donnerstag, den 4. Februar 1932

Schützt und hegt den bergischen Wald!

Das war der Grundgedanke und der tiefe Sinn, der unverrückbar und klar durch die gestrige 21. Mitglieder-Versammlung des Vereins für Waldschutz und Aufforstung e. V., Lennep, ging, die im Hotel „Kaiserhof" (Bes. J. Roer) hierselbst stattfand. Es mögen etwa 100 Personen gewesen sein, die der Einladung gefolgt waren, und sich in dem mit Tannengrün geschmückten Saale dieses freundlichen Restaurants anscheinend recht wohl fühlten, was hoffentlich dazu beträgt, daß derartige Tagungen, auch von anderen Organisationen und Vereinigungen, demnächst des öfteren in unseren Mauern abgehalten werden.

Die Begrüßung

Der Vorsitzende des Vereins, Herr Förster Nebelsiek-Lennep, betonte in seiner Begrüßungsansprache, daß man einmal gerne nach Burscheid und in den neuen Teil des Interessengebietes, den Rhein-Wupper-Kreis, gekommen sei, der nach der Umgemeindung sich zu den alten Ortsgruppen des früheren Kreises Lennep und des Stadtkreises Remscheid hinzugesellt habe. Er freue sich über den zahlreichen Besuch und heiße alle Anwesenden herzlich willkommen. Besonders begrüßte er Herrn Landrat Trimborn, als Vertreter des Rhein-Wupper-Kreises, Herrn Branddirektor Will, als Vertreter der Stadt Remscheid, die Herren Bürgermeister von Burscheid, Leichlingen, Witzhelden, Dabringhausen usw. sowie die Vertreter der Heimatpresse.

Herr Landrat Trimborn dankte für die freundliche Begrüßung und betonte, daß es für ihn eine Selbstverständlichkeit sei, eine derartige gemeinnützige Sache mit allen Kräften zu unterstützen. Die Kreisverwaltung habe schon vor langen Jahren den Wert des heimischen Waldes und die große Bedeutung seiner Pflege erkannt, das beweise vor allem auch die Anstellung eines Kreisförsters. Früher sei es dem Kreis auch möglich gewesen, die Sache durch große finanzielle Unterstützungen zu fördern, was leider durch die finanziellen Schwierigkeiten in den letzten Jahren habe unterbleiben müssen. Er hoffe, daß demnächst wieder bessere Verhältnisse kommen würden, und dann werde der Kreis auch wieder mit finanziellen Mitteln helfen. Er wünsche den Bestrebungen des Vereins ein herzliches „Glück auf" und den Arbeiten desselben ein gutes Vorwärtsschreiten im Interesse des Bergischen Landes.

Herr Bürgermeister Rohde entbot den Anwesenden allerherzlichstes Willkommen im Namen der Stadt Burscheid. Er danke dem Vorstand für den Beschluß, die Tagung nach hier gelegt zu haben und hoffe, daß dieselbe dazubeitrage, die Zusammenarbeit zwischen den alten und neuen Ortsgruppen zu stärken und zu fördern. Möchten sich doch auch die anderen Gemeinden des Rhein-Wupper-Kreises dem Verein für Waldschutz anschließen zum Wohle unserer geliebten bergischen Heimat und unseres deutschen Vaterlandes.

Herr Branddirektor Will-Remscheid dankte namens der Stadt Remscheid für die Einladung und für die finanzielle Unterstützung, die der Verein der Feuerwehr geleistet habe.

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Jahres- und Kassenbericht für 1931

Der überaus rührige und unermüdliche Geschäftsführer des Vereins, Herr Hardt-Lennep, führte hierzu u. a. aus:

Trotz der allgemeinen ungünstigen wirtschaftlichen Lage sind die finanziellen Verhältnisse des Vereins zu Ende des 21. Vereinsjahres nicht wesentlich ungünstiger wie vor Jahresfrist. Die Ausgaben konnten mit den Einnahmen in Einklang gehalten werden, sodaß das Vereinsvermögen bei Jahresschluß gegenüber dem Vorjahre sogar eine gewisse Vermehrung erfahren konnte. Die Mitgliedsbeiträge sind insgesamt befriedigend und fast in gleicher Höhe wie im Vorjahre eingegangen, desgleichen die Restbeträge für die vermittelten Forstpflanzen, sodaß alle Verpflichtungen des Vereins fristgemäß abgedeckt werden konnten.

Es ergibt sich ein Vereinsvermögen per 31. 12. 1931 von RM 2556,50 gegenüber RM 1965,93 per 31. 12. 1930, mithin mehr RM 590,57 = ca. 30 Prozent.

Der Mitgliederbestand setzt sich zusammen aus: 5 Gemeinden mit Waldbesitz (1930 = 7), ohne Waldbesitz 1 (2), Waldeigentümer 502 (529), Mitglieder ohne Angabe ihres Waldbesitzes 29 (32), Mitglieder ohne Wald 107 (111); zusammen 644 (681).

Für die Kulturperiode 1930/31 sind insgesamt 260 350 Forstpflanzen vermittelt worden gegenüber 455 831 Forstpflanzen im Jahre vorher. Dieser Rückgang des Bedarfes unserer Mitglieder dürfte außer auf die allgemeinen schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse in erster Linie auf die im letzten Jahre so hohen Pflanzenpreise, sowie darauf zurückzuführen sein, daß im Jahre 1931 Beihülfen seitens des Kreises oder der Städte Remscheid und Wuppertal nicht gewährt werden konnten infolge der ungünstigen finanziellen Lage dieser Kommunalverwaltungen. Außerdem haben die Ortsgruppen Burscheid und Witzhelden ihren Bedarf teilweise unmittelbar gedeckt.

Bezüglich der Pflanzenpreise kann erfreulicherweise festgestellt werden, daß dieselben für die kommende Kulturperiode ganz wesentlich zum Teil über 50 Prozent niedriger sein werden wie im Vorjahre. Der Waldbesitz hat alle Veranlassung, soweit es ihm zurzeit überhaupt noch möglich ist, diese Gelegenheit günstiger Pflanzenbeschaffung in weitestem Umfange auszunutzen.

Für unsere Mitglieder im Rhein-Wupper-Kreis ist es bedauerlich, daß sie auch für die bevorstehende Kulturperiode nicht mit Beihülfen seitens der Kreisverwaltung wegen derer ungünstiger finanzieller Lage werden rechnen können.

Das Frühjahr 1931 hat mit seiner relativen Trockenheit zahlreiche Brandschäden im Vereinsgebiet aufzuweisen. Nach der in Gemeinschaftsarbeit mit den Feuerwehrverbänden und örtlichen Feuerwehren durchgeführten Waldbrandstatistik sind im Vereinsgebiet 34 Brandschadensfälle gemeldet worden, von diesen 3 in der Ortsgruppe Burg a. d. W., 1 in der Ortsgruppe Burscheid, 1 in der Ortsgruppe Hückeswagen, 3 in der Ortsgruppe Radevormwald, 1 in der Ortsgruppe Ronsdorf, 25 in der Ortsgruppe Remscheid.

Von Frost- und Insektenschäden ist unser bergischer Wald im letzten Jahre erfreulicherweise verschont geblieben.

Eine besonders gute Beerenernte, so erfreulich eine solche an sich auch ist in Anbetracht der umfangreichen Verdienstmöglichkeiten für die zahlreichen Erwerbslosen, hat andererseits dem Waldbesitzer außerordentlichen Verdruß bereitet. Nicht nur dadurch, daß durch die aus den Großstädten zuströmenden Beerensammler mancherlei Unfug im Walde angerichtet wurde, sondern auch dadurch, daß auch junge Kulturen, trotz des Verbotes dieselben zu betreten, erheblich beschädigt worden sind. Der Verein bleibt bemüht, durch die Kleinwaldabteilung des Waldbesitzerverbandes für die Rheinprovinz in Zusammenarbeit mit dem Gemeindewaldbesitz und der Staatsforstverwaltung einheitliche Richtlinien für das Beerensammeln zu erreichen. Gedacht ist an die Ausgabe von Beerenscheinen, und dadurch an eine Verhinderung des wilden Sammelns ohne Scheine.

Erfreulich ist, daß der Herr Regierungspräsident von Düsseldorf im vergangenen Jahre eine Verordnung über den Feld- und Forstschutz herausgegeben hat, in welcher alle Bestimmungen und Verordnungen älterer Art einheitlich zusammengefaßt und entsprechend den heutigen Erfordernissen geregelt worden sind. Diese Regierungspolizeiverordnung sollte jedem Waldbesitzer genau bekannt sein.

Nachdem im Frühjahr 1931 nach langwierigen Verhandlungen zunächst mit den Aufforstungsarbeiten auf einer größeren zusammenhängenden Waldfläche bei Neuenhof, Gemeinde Radevormwald, mit Hilfe von Wohlfahrtserwerbslosen begonnen worden ist, konnte inzwischen an zwei weiteren Stellen des Vereinsgebietes, und zwar am Röthlingsberg (Gemeinde Radevormwald und Hückeswagen) und an der Oelpe (Gemeinde Wuppertal-Ronsdorf) mit den Arbeiten an zwei weiteren Beispielsaufforstungen begonnen werden. Das Forstamt der Landwirtschaftskammer hat hierbei wertvolle Vorarbeit geleistet. Auf einheitlicher Vertragsgrundlage haben sich die betreffenden Mitglieder verpflichtet, ihre Waldflächen für 10 Jahre nach forstsachverständiger Anweisung des Vereins zu bewirtschaften. Die erstmalige Aufforstung der Flächen erfolgt für den Waldbesitzer, abgesehen von der Bezahlung der Forstpflanzen, sozusagen kostenlos.

Es ist in Aussicht genommen, auf diesem Wege im Laufe dieses Frühjahres insgesamt etwa 130 Morgen in Kultur zu bringen, sofern es gelingt, die erforderlichen Arbeitskräfte aus dem Kreise der Wohlfahrtserwerbslosen und durch freiwillige Arbeitsdienstpflicht zu gewinnen.

Eine neue Einheitsbewertung für den Feststellungszeitraum mit Wirkung ab 1. Januar 1931 hat für den bäuerlichen Privatwaldbesitz eine nicht unwesentliche Erleichterung gebracht. Während für den vorhergehenden Feststellungszeitraum die Bewertung der niedrigsten Ertragswertklasse sogenannter Bauernbüsche mit RM 125.— je ha normiert war, hat der Bewertungsbeirat, wie Herr Forstrat Ludwig als Mitglied desselben im Hauptausschuß des Landesverbandes Preußischer Waldbesitzer mitteilen konnte, nunmehr eine weitere Ermäßigung zugelassen, und zwar bis zu RM 30.— je Hektar für Oedland und Räumden ohne nennenswerten Holzertrag. Hierunter fällt die Mehrzahl der verwilderten und verheideten Waldflächen, bei denen zur Kultivierung nur eine radikale Wiederaufforstung in Frage kommen kann. Besser bestandene Waldböden sind entsprechend höher zu bewerten.

Bereits in unserem letzten Bericht über das vorherige Vereinsjahr hatten wir betont, wie katastrophal sich die Lage des Privatwaldbesitzes im Jahre 1930 gestaltet habe. Entsprechend der allgemeinen Wirtschaftslage hat sich das Jahr 1931 noch weiterhin ungünstig für den Waldbesitz ausgewirkt. Die Holzpreise sind auf einem Tiefstand angelangt, die kaum noch die Löhne und Werbungskosten decken, geschweige denn einen Erlös für den Holzwert übrig lassen. Man könnte angesichts dieser Sachlage versucht sein, jeden Mut zu verlieren. Nicht unberechtigt erscheint die bange Frage manches Waldbesitzers: Lohnt es sich denn überhaupt noch, Aufwendungen für den Wald auch in bescheidenstem Umfange zu machen?

Und dennoch — wer sich selbst aufgibt, gibt alles auf! Auf Zeiten wirtschaftlichen Niederganges sind, wie die Geschichte lehrt, über kurz oder lang doch immer wieder Zeiten wirtschaftlichen Aufschwunges gefolgt. Uns bleibt die Hoffnung, daß auch auf die heutigen Zeiten wirtschaftlicher Not doch einst auch wieder Zeiten wirtschaftlicher Besserung folgen werden. Ob wir selbst sie noch erleben werden? Wer wagt es, dies vorauszusagen. Aber eine spätere Generation wird sie erleben und mit ihr unser Wald, der Geschlechter überdauert, Generationen kommen und gehen sieht. Lassen wir es darum nicht unserem Wald vergelten, daß wir heute nur so mutlos und hoffnungslos sein können. Unser Wald soll und muß einer der Grundsteine bleiben, auf dem eine spätere Generation wieder ein glücklicheres Deutschland aufbauen wird.

Die eingehenden Darlegungen des Herrn Hardt fand allseitiges Interesse und wohlverdienten Beifall.

Nachdem die Kassenprüfer berichtet hatten, daß die Kasse in bester Ordnung und mustergültig geführt sei, wurde Herrn Hardt einstimmig Entlastung erteilt.

Festsetzung der Mitgliedsbeiträge

Herr Nebelsiek bemerkte hierzu, daß nach den Satzungen alljährlich die Mitgliedsbeiträge festgesetzt werden müßten. Der Ausschuß schlage vor, dieselben im allgemeinen wie bisher zu belassen und zwar 30 Pfg. je Hektar, Mindestbeitrag 2 RM, dagegen den Beitrag für korporative Mitglieder von 20 auf 10 RM zu ermäßigen.

Die Versammlung war hiermit einstimmig einverstanden.

Forstpflanzenbeschaffung für Frühjahr 1932

Herr Hardt führte hierzu aus, daß die Pflanzen in diesem Jahre so billig wie noch nie seien. Man solle die Gelegenheit jetzt wahrnehmen, da unbedingt angenommen werden müßte, daß sich diese Preise in Zukunft nicht halten ließen, da sie den Erzeugern Verluste bringen. Beste Fichtenpflanzen würden zu 8 RM per 1000 Stück angeboten. Da der Verein den Mitgliedern 25 Prozent Zuschuß aus Vereinsmitteln gebe, würden die Pflanzen nur noch 6 RM kosten.

Geschäftliche Mitteilungen und Verschiedenes

Bei diesem Punkte kam es vorerst zu längeren Erörterungen über die Verhinderung und Bekämpfung der Waldbrände. Herr Bürgermeister i. R. Marquardt wies dabei darauf hin, daß alles getan werden müsse, um den bergischen Wald vor Bränden zu schützen, da durch solche unersetzliche Werke vernichtet würden. Man müsse immer wieder in Schulen, Wandervereinigungen, Zeitungen usw. auf die Gefährlichkeit des Rauchens und des Feueranmachens in den Wäldern aufmerksam machen. Ein wesentliches Mittel zur Bekämpfung der Waldbrände sei auch die Aufstellung von Brandwachen durch die Feuerwehr und solle man denselben hierfür einen Zuschuß geben. Herr Landrat Trimborn bemerkte, daß er bereits im vergangenen Jahre angeordnet habe, daß die Landjäger an schönen Sonntagen besonderen Dienst in den gefährdeten Waldbeständen leisteten. Er werde dies auch in diesem Jahre anordnen und strengste Maßnahmen gegen etwaige Verstöße ergreifen. Herr Branddirektor Will verurteilte das sogenannte „Flämmen", das Ursache vieler Waldbrände sei. Die Feuerwehr in Remscheid werde in diesem Jahre besonders ihre erwerbslosen Mitglieder zu Brandwachen verwenden, die diesen als Pflichtarbeit anerkannt würden.

Einen breiten Raum nahm weiterhin die Aussprache über die Rechte des Waldbesitzers gegenüber den Spaziergängern, den Wandervereinigungen, den Zeltlagern usw. ein. Dabei konnte man die Feststellung machen, daß die Waldbesitzer über ihre Rechte usw. garnicht im Bilde sind. Es liegt im eigensten Interesse eines jeden Waldbesitzers, daß er sich mit den Gesetzen über Forstschutz usw. vertraut macht. Der Verein wird demnächst an alle Ortsgruppenvorsitzenden ein diesbezügliches Merkblatt versenden, dessen Inhalt sich jeder einprägen sollte.

Vortrag: „Kann der Waldbesitzer heute noch mit einem Reinertrage aus seinem Walde rechnen?"

Herr Hardt sprach hierzu in längeren, interessanten und gutdurchdachten Ausführungen, die er nicht als Vortrag, sondern als Anregungen für einen Meinungsaustausch angesehen haben wollte. An Hand eines sorgfältig errechneten Zahlenmaterials kam er zu der Festellung, daß bei der heutigen Belastung durch Steuern, Abgaben usw. ein Wald für seinen Besitzer nur rentabel sei, wenn er zu dessen Pflege, Bearbeitung, Abholzung, Transport usw. nur eigene Kräfte verwende. Müsse er dagegen bezahlte Arbeitskräfte heranziehen, so tue er Geld dabei. Besonders in der Steuergesetzgebung müsse es anders werden. Aber auch der Waldbesitzer könne viel zur Hebung der Forstwirtschaft beitragen. So müsse er besorgt sein, die Qualität der Holzbestände zu heben und sich dabei der Konjunktur anpassen. Auch aus den Nebenprodukten ließe sich noch viel machen, wenn man es geschickt anfinge. Einen wesentlichen Vorteil könne der Waldbesitzer auch dadurch erzielen, wenn er in seinem Haushalt anstatt der teuren Kohlen Holz verfeure.

Die anschließende rege Aussprache bewies, daß die Anregungen des Herrn Hardt auf fruchtbaren Boden gefallen waren und sicherlich manchem zum Nachdenken anreizen werden. Herr Fritz Roth-Lungstraße betonte den Wert der Beflanzung allen Oedlandes mit Waldbeständen. Es würden dadurch große Werte

Der Mord an Cromm

Aus Düsseldorf wird gemeldet: Nachdem der unter dem Verdacht des Mordes an Cromm verhaftete Geschäftsführer Neffgen wieder freigelassen worden ist, ist das Dunkel über den Mord an Cromm immer noch nicht gelichtet. Kriminalrat Momberg und Kriminalkommissar Baus befinden sich seit einigen Tagen wieder in der Opladener Gegend, um die Ermittlungen weiterzuführen. Wie nun bekannt wird, sollen in der Nacht zum Montag vier Personen verhaftet worden sein. Bei den Verhafteten handelt es sich um zwei Personen aus Opladen und zwei von auswärts, die aus dem Bett heraus verhaftet worden seien. Im Interesse der Untersuchung kann natürlich nichts Näheres über die Verhaftungen mitgeteilt werden.

für die Zukunft geschaffen. Dies wurde auch von anderen Seiten wärmstens unterstrichen und bedauert, daß früher in dieser Beziehung manches versäumt worden ist.

Gegen 7,15 Uhr konnte dann die überaus anregende Versammlung durch Herrn Nebelsiek mit den besten Wünschen für die Arbeit des Vereins mit einem kräftigen „Waldheil" geschlossen werden.

Auch wir wünschen den Bestrebungen des Vereins für Waldschutz und Aufforstung in Zukunft den besten Erfolg, dienen sie doch der Erhaltung und der Vergrößerung unseres geliebten bergischen Waldes, der uns so viel Erholung und Freude bereitet. Mögen sich doch alle Waldbesitzer diesem Verein anschließen zu ihrem eigenen Vorteil und zum Segen unserer Heimat.

Aus der Gemeinde Witzhelden

Anmeldung der Schulneulinge

Die Anmeldung der am 1. 4. 1932 schulpflichtig werdenden Kinder muß bis zum 10. ds. Mts. bei der für die einzelnen Schulbezirke zuständigen Schule erfolgen. Schulpflichtig werden mit dem 1. April ds. Js. alle Kinder, die bis zum 30. Juni d. Js. das 6. Lebensjahr vollenden. Schulberechtigt sind solche Kinder, die in der Zeit vom 1. Juli ds. Js. bis zum 30. September ds. Js. das 6. Lebensjahr vollenden und wenn sie die für den Schulbesuch erforderliche körperliche und geistige Reife besitzen. Die Untersuchung der Schulneulinge wird in nächster Zeit stattfinden. Es ist deshalb erforderlich, daß die obige Anmeldungsfrist eingehalten wird.

Bekämpfung der Blutlaus

Die Besitzer von Apfelbäumen jeder Art (einschl. der sog. Zierapfelarten) werden wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß sie auf Grund der Reg.-Polizeiverordnung vom 31. Juli 1931 über den Feld- und Forstschutz verpflichtet sind, spätestens bis Ende Februar die von der Blutlaus befallenen Apfelbäume gründlich von Moos, Flechten und Rindenschuppen zu reinigen und die vorgefundenen Blutlauskolonien zu vernichten. Verkrüppelte oder abgestorbene Zweige sind zu entfernen. Neue Blutlauskolonien sind während des ganzen Jahres sofort zu zerstören und mit geeigneten Mitteln ausreichend zu bekämpfen. Wird bei den demnächstigen Kontrollen Nichtbeachtung dieser Bestimmungen festgestellt, so können die notwendigen Maßnahmen im Wege des polizeilichen Zwanges auf Kosten der Besitzer durchgeführt werden.

Die diesjährige Gefallenen-Ehrung

In einer auf Einladung des Bürgermeisters stattgehabten Besprechung von Vereins-Vorsitzenden wurde einmütig beschlossen, am Volkstrauertag, Sonntag, den 21. Februar, auf dem Ehrenfriedhof eine Gefallenen-Ehrung zu begehen. Die drei Gesangvereine haben ihre Mitwirkung bei der Feier in Aussicht gestellt. Ein gemeinsamer Kranz der Gemeinde und der Vereine soll am Ehrenfriedhof niedergelegt werden. Die Bürgerschaft wird zu der Feier noch eingeladen werden.

Aus der Heimat

Karneval in der Schützenburg

Am kommenden Samstag, den 6. Februar, findet in der hiesigen Schützenburg ein großes Masken- und Kostümfest statt.

Karten zum Preise von 1 RM einschl. Steuer sind im Vorverkauf in der Schützenburg, Robert Reininghaus in Burscheid und Otto Kraus in Hilgen zu haben. Alles Nähere in morgiger Ausgabe.

Operettenabend in Blecher

Auf vielseitigen Wunsch hat sich der MGV „Concordia" Blecher entschlossen, die mit großem Beifall aufgenommene Operette „Jung muß man sein, wenn man lieben will", nochmals zur Aufführung zu bringen. Die mit köstlichem Humor gewürzte Operette wird am kommenden Fastnachtssonntag, den 7. Februar, nachmittags 5 Uhr nochmals zur Aufführung gebracht.

Wir verweisen schon heute auf die diesbezügliche Anzeige in morgiger Ausgabe.

Bundestagung der Elternbeiräte

Am 13. und 14. Februar findet in Leverkusen die Tagung der Elternbeiräte rheinisch-westfälischer Mittelschulen statt. Die Bundesvorstands- und Bundesausschußsitzungen finden am 13. Februar im Hotel Riesen statt. Hier werden abends auch die auswärtigen Gäste durch die Elternschaft und die Lehrerschaft der Leverkusener Mittelschule begrüßt. Die öffentliche Bundestagung beginnt Sonntag, 14. Februar, vormittags 9,45 Uhr, im Stadtverordnetensitzungssaal. Hier werden neben dem Bundesvorsitzenden Tresch (Duisburg), Mittelschulrektor Krüger (Dortmund), Dr. Posthofen (Leverkusen), Dr. Schmidt (Opladen), H. Rausch (Köln) und Schäfer (Bielefeld) über die Fragen der Mittelschulen, sowie über Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung sprechen. Frau Mittelschullehrerin Happel (Krefeld) spricht über die weiblichen Berufsmöglichkeiten.

Im Erholungshause der J. G. Farbenindustrie beginnt nachmittags 5 Uhr ein Elternabend der Mittelschule, der ein besonders reichhaltiges Programm aufweist. Professor Dr. van den Wyenbergh (Köln) spricht hier über das Thema: Mittelschule und Wirtschaft.

30 000 Mark Verlust bei der KOG?

Eine Düsseldorfer Zeitung berichtet gestern, daß die durch Unterschlagungen und Veruntreuungen entstandenen Verluste bei der KOG sich auf rund 30 000 Mark beziffern sollen. Eine Bestätigung dieser Nachricht von dazu befugter Stelle konnten wir nicht erhalten. Jedenfalls aber wird die KOG sich dazu noch äußern.

Wie die „Opladener Ztg." schreibt, hat das Defizit mit Unterschlagungen nichts zu tun. Vielmehr handelt es sich dabei um Forderungen von Gläubigern, Wechselverbindlichkeiten usw., wie sie mit dem Geschäftsbetriebe zusammenhängen. Die Genossenschaft möchte begreiflicherweise von diesen Verbindlichkeiten herunterkommen und damit auch die Liquidität der Genossenschaft verbessern.

Ummeldung

Neuerdings ist beobachtet worden, daß Mitbürger einfach innerhalb der Stadtgemeinde Burscheid umziehen, ohne der Polizei davon Mitteilung zu machen. Wir weisen darauf hin, daß jeder, der umzieht und sich nicht ummeldet, zur Anzeige gebracht wird.

Kölner Dombau-Geldlotterie 1931

Wie wir aus Berlin erfahren, hat der preußische Minister für Volkswohlfahrt die Ausgabe einer dritten Kölner Dombau-Geldlotterie 1931 zugunsten des Kölner Doms und anderer Baudenkmäler genehmigt. Die Ziehung findet am 12. und 14. März 1932 statt. Der Lospreis beträgt 3 Mark.

Auch Preisschilder in Wirtschaften

Uns geht die Nachricht zu, daß vom 6. ds. Mts. ab auch in den Wirtschaften Preisschilder angebracht werden müssen. Die Konzessionsinhaber tun gut, sich rechtzeitig mit den Preisverzeichnissen zu versehen. In diesem Zusammenhange wird darauf hingewiesen, daß für Friseure die Bestimmung besteht, ihre Preisverzeichnisse sowohl am Fenster, also von außen aus sichtbar und außerdem noch einmal im Geschäftsraume selbst auszuhängen. Die Verzeichnisse bezw. die Beschriftung muß so groß sein, daß sie von weitem leserlich ist. Schreibmaschinenschrift genügt nicht.

Wegen Rückkoppelns die Hörerlaubnis entzogen

Die Oberpostdirektion in Düsseldorf hat einem Rundfunkhörer, der die Nachbarn dauernd durch Rückkoppelung störte, die Erlaubnis zum Hören entzogen. Es dürfte dem Betreffenden schwer fallen, diese wieder zu erhalten. Also — — nicht rückkoppeln!!

Aus dem Rhein-Wupper-Kreis

Aufgeklärter Einbruch

Leverkusen, 4. Febr. In der Nacht von Samstag auf Sonntag wurde in ein Lebensmittelgeschäft in der Schlebuscherstraße eingebrochen. Die Einbrecher nahmen eine große Menge Lebensmittel aller Art mit und entkamen unerkannt. Den eifrigen Nachforschungen der Leverkusener Kriminalpolizei ist es bereits Dienstag gelungen, den Einbruch aufzuklären. Sie verfolgte eine Spur, die nach Opladen-Quettingen (Burgloch) führte. In den späten Abendstunden nahmen Kriminalbeamte dort eine Haussuchung vor. Sie konnten eine ganze Anzahl der gestohlenen Lebensmittel zu Tage fördern. Das Warenlager entstammt zweifellos dem Einbruch in der Schlebuscherstraße. Die Einbrecher selbst konnten noch nicht gefaßt werden. Sie sind wahrscheinlich flüchtig.

Zwei Fahrradmarder gefaßt

Leverkusen, 4. Febr. In der letzten Zeit sind in Leverkusen wieder zahlreiche Fahrraddiebstähle zu verzeichnen gewesen. Der Verdacht, diese Diebstähle ausgeführt zu haben, richtete sich gegen zwei Männer, bei denen die Kriminalpolizei kurz entschlossen zupackte. Sie hatte damit den richtigen Griff getan. Die beiden Festgenommenen hatten das Stehlen der Fahrräder gewerbsmäßig betrieben. Es konnten ihnen Fahrraddiebstähle in großer Menge nachgewiesen werden, die in Mülheim, Bergisch Gladbach und Leverkusen ausgeführt worden sind.

Messerheld

Monheim, 4. Febr. Am Dienstagnachmittag gerieten zwei auf dem Nachhauseweg befindliche Leute in Streit, wobei einer im Verlauf des Streits ein Messer zog und dem anderen verschiedene Stiche in den Rücken beibrachte. Der Verletzte mußte in das Krankenhaus geschafft werden. Der Täter wurde von der Polizei festgenommen.

Senkung der Gas- und Wasserpreise

Wermelskirchen, 4. Febr. Der Verwaltungsrat des Gas- und Wasserwerkes hat in seiner letzten Sitzung nach eingehender Beratung beschlossen, die Gas- und Wasserpreise von der nächsten Rechnung ab um 5 Prozent zu senken. Da der Gasverbrauch im letzten Jahre stark zurückgegangen ist, sodaß bei den jetzigen Preisen bereits die Rentabilität des Werkes gefährdet ist, sah sich der Verwaltungsrat gezwungen, die Ermäßigung zunächst bis 1. April ds. Js. zu befristen. Alsdann soll die Auswirkung der Preissenkung einer Prüfung unterzogen werden.

Aus Westdeutschland

Betrüger Knecht in Wuppertal eingetroffen

Solingen, 4. Febr. Der frühere Angestellte der Stadtsparkasse Solingen, Ernst Knecht, der die Sparkasse um rund 50 000 Mark betrog, ist mit einem Sammeltransport in Wuppertal eingetroffen und ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. In den nächsten Tagen wird er nach Solingen überführt.

300jähriger Betrieb kommt zum Erliegen

Ohl-Rönsahl, 4. Febr. Die Pulverfabriken der Dynamit AG vorm. Alfred Nobel im oberen Wuppertal sind jetzt vollständig niedergelegt worden. Damit hat ein Industriezweig, der drei Jahrhunderte in der hiesigen Gegend bestanden und vielen Arbeitern, Handwerkern und Geschäftsleuten Arbeit und Verdienst gebracht hat, seine Tore für immer geschlossen. Die Arbeiter wurden je nach der Dauer der Arbeitsjahre mit einer einmaligen oder dauernden Zuwendung bedacht.

Tödlich verunglückt

Düsseldorf, 4. Febr. Gestern abend gegen 19 Uhr wurde auf der Bergischen Landstraße der Postsekretär i. R. Hermann Horstmannshof von der Kleinbahn Düsseldorf—Mettmann angefahren und gegen einen Straßenbahnmast geschleudert. Seine Verletzungen waren so schwer, daß der Tod sofort eintrat.

Bankräuber festgenommen

Aachen, 4. Febr. Dem Fahndungskommissariat der hiesigen Kriminalpolizei ist es gelungen, einen von Insterburg aus wegen Bankraubes gesuchten 20 Jahre alten Burschen festzunehmen. Es handelt sich um einen früheren Bankangestellten, der ins Ausland flüchten wollte. Er befindet sich in Polizeigewahrsam und wird dem Richter vorgeführt.

Kindesleiche in einem Waschofen

Birkenfeld, 4. Febr. Im Ofen der Waschküche eines hiesigen Einwohners fand man die Ueberreste einer verbrannten Kindesleiche. Nach den bisherigen Feststellungen handelt es sich um ein uneheliches Kind, das von einer bei dem betreffenden Einwohner in Stellung gewesenen Hausangestellten kurz vorher geboren worden war.

Schnell aufgeklärter Einbruchsdiebstahl.

Köln, 3. Februar. Der vor einigen Tagen verübte Lagereinbruch auf der Neußer Straße, bei dem den Tätern photographische Apparate im Werte von 8000 Reichsmark in die Hände gefallen waren, konnte restlos aufgeklärt werden. Die Einbrecher, zwei Brüder im Alter von 20 und 21 Jahren, wurden festgenommen. Das gesamte Diebesgut wurde in einem Schuppen vorgefunden.

Falsche Kriminalbeamte.

Korschenbroich, 3. Februar. Drei Gauner, die als Kriminalbeamte auftraten, spielten einem Landwirt einen bösen Streich. Sie behaupteten, der Polizei liege eine Anzeige vor, daß im Hause Waffen verheimlicht würden. Einer der Gauner blieb bei dem Besitzer, während die anderen das Haus durchsuchten. Später erklärten sie, es liege wohl eine Verleumdung vor. Als sie sich auf ihren Fahrrädern entfernt hatten, entdeckte der Landwirt erst, daß die Burschen 40 Mark und zwei Schinken mitgenommen hatten.

Das Geld mit dem Geldschrank gestohlen

Hattingen, 3. Februar. In Dumberg bei Hattingen schafften in der Wirtschaft Eggermann Einbrecher den 5 Zentner schweren Geldschrank durch das Fenster auf den Hof und von hier mit einem Fuhrwerk in die Ruhrwiesen. Mit einem Steinmeißel gelang es ihnen, den Geldschrank zu öffnen und den Inhalt, etwa 1000 Mark und zwei Aktien der Gelsenkirchener Wasserwerke, zu entwenden.

Das Neueste

Der Vorsitzende der preußischen Zentrumsfraktion Dr. Heß ist heute Vormittag im St. Norbert-Krankenhaus in Berlin verschieden.

Der außenpolitische Berichterstatter des „Excelsior" glaubt zu wissen, daß gewisse Strömungen im Gange seien, um eine Zusammenkunft MacDonalds mit Brüning und Laval in Paris herbeizuführen. Diese Zusammenkunft solle ausschließlich der Reparationsfrage gewidmet sein.

Laut „Humanite" hat Frankreich seit 1919 mehr als 15 Milliarden Francs an ausländische Regierungen verliehen, u. a. an England 2,5 und an Polen 2 Milliarden.

Heute Nachmittag wird der englische Schatzkanzler im Unterhaus seine mit Spannung erwartete Rede über die neue englische Zollpolitik halten. Er wird die vorbereitenden Finanzgesetze für die Einführung des Zolltarifs in Höhe von 10 v. H. einbringen.

Wie aus Washington gemeldet wird, hat Schatzsekretär Mellon das Angebot angenommen, den Botschafterposten in London zu übernehmen.

Die kubanische Regierung schätzt die durch das Erdbeben in Santiago angerichteten Schäden auf mehr als 10 Millionen Dollar.

Um Hitlers Einbürgerung

Von der Pressestelle der NSDAP und von Dr. Frick wird nochmals auf das bestimmteste versichert, daß die Ernennung Hitlers zum thüringischen Beamten und damit seine Einbürgerung als Staatsangehöriger des Deutschen Reiches nicht perfekt geworden sei. Als Hitler von den Bemühungen Dr. Fricks gehört habe, sei ihm der vorgeschlagene Weg überaus peinlich gewesen und er habe dringend ersucht, die Schritte wieder rückgängig zu machen, was dann auch geschehen sei.

Trümmer von M 2 gefunden

Nach achttägigem Suchen ist das Wrack des englischen Unterseebootes M 2 in der Nacht zum Donnerstag 5,8 Seemeilen vom Leuchtturm Portland Bill entfernt aufgefunden worden. Die Hebearbeiten sollen sofort beginnen.

Die Lage im fernen Osten

Das Flaggschiff der amerikanischen Asienflotte landete heute früh in Schanghai eine Abteilung von 300 Soldaten.

Die „Times" veröffentlicht eine Erklärung des japanischen Außenministers, in der dieser u. a. feststellt, daß die Mandschurei für Japan eine Angelegenheit auf Leben und Tod sei; während die japanischen Interessen in Schanghai denjenigen der anderen Mächte ähnlich sei. Japan sei zur Annahme eines vernünftigen Abkommens zur Wiederherstellung des Friedens unter ehrenvollen Bedingungen bereit.

Die japanische Antwort auf die Friedensvorschläge Großbritanniens, Amerikas und Italiens ist fertiggestellt und wird wahrscheinlich nach Beendigung der heutigen Kabinettssitzung abgesandt werden.

Der japanische Seebefehlshaber in Schanghai teilt mit, daß die chinesische Nachricht, wonach bei den Kämpfen ein japanischer Torpedobootszerstörer gesunken sei, nicht den Tatsachen entspreche.

Die Feindseligkeiten in Schanghai sind auf einer ausgedehnten Front, besonders längs der Wusung-Eisenbahn wieder aufgenommen worden.

Zwischen Chinesen und Japanern ist für Nanking eine Waffenruhe vereinbart worden.

Weinmarktgenossenschaft für Bacharach und Umgebung.

Bacharach, 3. Februar. Auf Veranlassung des zuständigen Weindirektors fand eine Tagung der Winzer von Bacharach und Umgebung statt, in der man sich eingehend über den zukünftigen Weinabsatz unterhielt. Man beschloß, eine Weinmarktgenossenschaft zu gründen, die sich auf das Viertälergebiet erstrecken soll. Die neue Weinmarktgenossenschaft, die im Laufe dieses Jahres erstmals mit dem Verkauf der Weine an die Oeffentlichkeit treten soll, umfaßt die weinbautreibenden Gemeinden von Bacharach, Manubach, Oberdiebach, Medenscheid, Weinberg, Henschhausen und Neurath.

Keine Besserung in der Rheinschiffahrt.

Duisburg-Hamborn, 3. Februar. Die Verkehrslage auf dem Rhein hat sich im Januar gegenüber dem Vormonat nicht gebessert. Die Hoffnungen auf eine Zunahme der Kohlenverladungen infolge der ab 1. Januar eingetretenen Kohlenpreisermäßigung sind nicht in Erfüllung gegangen, vielmehr haben sich die Mengen zu Berg wie zu Tag gegenüber Dezember noch weiterhin verringert.

Fünf Personen dem Gastod entronnen.

Duisburg, 3. Februar. Bewohner eines Hauses in der Clemensstraße bemerkten starken Gasgeruch. Auf ihre Veranlassung öffnete die Polizei die Wohnung einer Witwe und fand die Frau und ihre vier Kinder im Alter von fünf, neun, elf und 12 Jahren bewußtlos auf. Die Bewußtlosen wurden sofort ins Krankenhaus geschafft. Lebensgefahr besteht in keinem Falle. Wie die Untersuchung ergab, ist beim Putzen der Gashängelampe der Gashahn versehentlich geöffnet worden.

Arbeitereinstellung auf den Deutschen Solvay-Werken.

Mörs, 3. Februar. Wie bekannt wird, sind in der letzten Zeit auf den Deutschen Solvay-Werken in Borth Wallach wiederholt Arbeitereinstellungen erfolgt. Auch die chemischen Werke in Ossenberg bei Rheinberg werden infolge größerer Aufträge aus Frankreich in diesen Tagen 50 Mann neu einstellen.

Endgültige Stillegung der Zeche Viktor I/II.

Dortmund, 3. Februar. Die beim Demobilmachungskommissar in Arnsberg stattgefundenen Verhandlungen über den Antrag der Klöcknerwerke auf Stillegung der Zeche Viktor I/II führten zur Genehmigung des Antrages. Von der Stillegung werden ungefähr 500 Arbeiter und 50 Angestellte betroffen, denen bereits vorsorglich gekündigt worden war.

Kein Westfalentag 1932.

Lippstadt, 3. Februar. Der Westfalentag, der in diesem Jahre in Lippstadt stattfinden sollte, ist bis zum Jahre 1933 zurückgestellt worden.

Krupp entläßt 2000 Arbeiter.

Essen, 4. Februar.

Infolge weiterer Verschlechterung des Auftragseinganges, der gleichmäßig alle Werksabteilungen der Gußstahlfabrik betrifft, hat sich die Friedrich Krupp-A. G. Essen gezwungen gesehen, beim Regierungspräsidenten in Düsseldorf vorsorglich Antrag auf Entlassung von 2000 Arbeitern und Angestellten zu stellen.

Neuabgrenzung der Handelskammerbezirke.

Koblenz, 3. Februar.

Der preußische Handelsminister hat verfügt, daß der bisher zum Handelskammerbezirk Koblenz gehörende Kreis Altenkirchen dem Handelskammerbezirk Siegen-Dillenburg zugeteilt wird. Als Entschädigung erhält Koblenz das Gebiet Nieder- und Oberlahnstein, das bisher zu Limburg gehörte. Der Handelskammerbezirk Limburg wird seinerseits durch Zuteilung des bisher zu Siegen-Dillenburg gehörigen Oberwesterwaldkreises vergrößert. Diese Verwaltungsmaßnahme stößt außer in Limburg besonders in Altenkirchen auf energischen Protest der Wirtschaftskreise

700 Jahre Stadt Rheinberg.

Mörs, 3. Februar.

Im Februar kann die kleine niederrheinische Stadt Rheinberg ihren 700. Geburtstag feiern. 1232 verlieh der Kölner Erzbischof, Heinrich von Molenark, ihr die Stadtrechte und gleichzeitig damit die Vergünstigung, sich zu befestigen. Infolge der bevorzugten Lage am Rhein wurde Rheinberg im Laufe der Jahrhunderte zu einem wichtigen strategischen Stützpunkt und eine ergiebige Zollstätte. Holländer, Spanier, Franzosen und Preußen kämpften um Rheinberg, das 1715 Kur-Köln zugesprochen wurde, nachdem die Preußen vorher die Befestigungsanlagen geschleift hatten. Die Geburtstagsfeier der Stadt wird in zeitgemäßer Grenze begangen. Ein Ehrenmal für die Opfer des Weltkrieges wird an dem Festtage geweiht.

Das Wetter von heute und morgen

Zeitweise aufheiternd und etwas kühler, nur vereinzelt leichte Schauern, nordöstliche Winde.

105 Jahre alt.

Köln, 3. Februar. Die älteste Einwohnerin Kölns, die Witwe Josef Gaß, konnte am 3. Februar ihren 105. Geburtstag feiern.

Die hereingefallenen Banken

Aussagen der Bankvertreter im Küchelprozeß.

Köln, 3. Februar.

Im Küchelprozeß wurde die Zeugenvernehmung fortgesetzt, und zwar zunächst mit den Vertretern der Deutschen Bank und der Reichsbank. Reichsbankdirektor Kaiser führte u. a. aus, daß seine Bank 1926 Kredite in Höhe von 600 000 Mark gewährte. Als Sicherheit habe die Bank Wertpapiere und eine Hypothek auf das Haus des Konzerns erhalten. 1928 habe er den Angeklagten Mayer vor einer weiteren Erhöhung der Kredite gewarnt. Damals seien die Kredite auf 200 000 Mark herabgesetzt worden. Im übrigen sei die Reichsbank durch die Sicherheiten gedeckt. Ganz ähnlich äußerte sich der frühere Bankdirektor Hermann Wolff, der für die Deutsche Bank die Kreditverhandlungen mit dem Küchelkonzern geführt hat. Der Zeuge war ebenfalls der Auffassung, daß man getäuscht worden sei. Er sprach von einer direkten

„Wechselfabrikation"

und kritisierte die vorgelegten Bilanzen. Die Bank habe an den Wertpapieren, die man als Sicherheit bekommen und zu spät veräußert habe, 500 000 Mark eingebüßt. Nach einer Pause wurde die Beweisaufnahme mit der Vernehmung des Zeugen Wenisch fortgesetzt, der in der Firma Küchel als Lagerverwalter tätig war. Anschließend äußerte sich Zeuge Mantel. Er betreute die Bearbeitung der Wechselregulierungen und schilderte das Verfahren folgendermaßen: Die Firma nahm Blankowechsel ihrer Kunden und gab sie der Bank, wenn ihre eigenen Wechsel fällig wurden. Dabei blieb man jedoch stets unter dem Guthaben des Kunden. Der Vorsitzende: „Wie erklären Sie sich denn, daß dennoch einzelne Konten überzogen wurden? In einem Falle wurde ein Konto um 58 000 Mark, in einem anderen sogar um 61 000 Mark überzogen." Der Zeuge bemerkte dazu, er wisse nicht, daß sich jemals jemand beschwert habe.

Ein ernstes Wort an Holland

Der gestörte internationale Warenaustausch.

Düsseldorf, 3. Februar.

Zum Abschluß des Besuchs der holländischen Journalisten in Düsseldorf fand im Reichswirtschaftsmuseum ein Empfang statt, bei dem Oberbürgermeister Dr. Lehr das Wort ergriff. Er führte aus: Deutschland ist bekanntlich gezwungen, alle Möglichkeiten der Ernährung auf eigener Scholle auszunutzen. Trotz aller Entlastung durch die einheimische Landwirtschaft bleiben wir jedoch im Westen auf die holländische Einfuhr angewiesen. Der große rheinisch-westfälische Industriebezirk, der in dem Gebiet von Aachen bis Hamm und von Köln bis Münster 12 Millionen Menschen beherbergt, kann sich nicht selbst ernähren. Auf der anderen Seite braucht Deutschland auch Holland für den

Absatz seiner industriellen Erzeugnisse.

Hat Deutschland einen ausgeglichenen Binnenmarkt, dann hat es auch genug wirtschaftliche Stärke, um wieder als Käufer auf dem Weltmarkt im Ausland aufzutreten.

Der Syndikus der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf, Dr. Wilden, erklärte: Die Lage der rheinischen Industrie drängt sie von Natur aus zum Export. Immer stärker wird deshalb das Verlangen, daß die Kriegstribute endgültig beseitigt werden. Die natürlichen Kräfte werden auf die Dauer sich durchsetzen. Deshalb haben wir die Hoffnung, daß trotz aller Störung der Gegenwart das durch die Geschichte und die Wirtschaft vielfach gefestigte Verhältnis zwischen den Niederlanden und dem Rheinland erhalten bleibt.

Der Volkstrauertag

Der „Volksbund Deutscher Kriegergräberfürsorge" gibt bekannt, daß der Volkstrauertag zum Andenken an die im Weltkrieg Gefallenen in diesem Jahre am 21. Februar gefeiert werden soll. Mit Rücksicht hierauf hat das Erzbischöfliche Generalvikariat angeordnet, daß an diesem Tage zum Ausdruck der Teilnahme des katholischen Volkes in allen Kirchen von 13 bis 13,30 Uhr ein Trauergeläute stattfindet. Dem kirchlichen Gedenktag für die Opfer des Weltkrieges im November solle hierdurch, so heißt es in der Mitteilung des Generalvikariats, kein Eintrag geschehen.

Die Not im Grenzland

Kaum noch ein Zehntel der Bevölkerung hat Arbeit.

Trier, 3. Februar.

In letzter Zeit sind fast alle bisher noch in Luxemburg und Elsaß-Lothringen beschäftigten Arbeiter aus dem Grenzlandgebiet des Trierer Bezirks zur Entlassung gekommen. Besonders die Firma de Wendel in Klein-Rosseln in Lothringen hat umfassende Abbaumaßnahmen vorgenommen und sogar diejenigen Bergleute entlassen, die bereits 25 und mehr Jahre bei der Firma beschäftigt waren. Während im übrigen Reich durchschnittlich ein Viertel der Berufstätigen arbeitslos ist, hat im Trierer Grenzgebiet kaum ein Zehntel der ehemaligen Beschäftigten lohnbringende Arbeit.

600 Jahre Stadt Birkenfeld

Vorbereitung einer würdigen Feier.

Birkenfeld, 3. Februar.

Die Gemeinde Birkenfeld, die im Jahre 1332 die Stadtrechte erhielt, kann demnach dieses Jahr auf ein 600jähriges Bestehen zurückblicken. Die interessierten Vereine hielten auf Einladung des Bürgermeisters eine Besprechung ab, in der festgelegt wurde, das 600-jährige Bestehen der Stadt Birkenfeld am 30. und 31. Juli zu begehen, jedoch wegen der Not der Zeit

keine größeren festlichen Veranstaltungen

abzuhalten. Der Verein für Hochwald, Mosel und Hunsrück hat sich bereit erklärt, an den Tagen der 600-Jahrfeier seine Hauptversammlung in Birkenfeld abzuhalten. Ferner wurde ein einheimischer Schriftsteller beauftragt, ein Festspiel herauszugeben, das in dem so schweren Jahr 1634 spielt und an den Festtagen seine Aufführung ersehen soll. Das Festspiel betitelt sich „Das verbrannte Recht".

Die Reisespesen

Prozeß gegen Bürgermeister Dr. Pint.

Paderborn, 3. Februar.

Im Verlauf des Prozesses gegen Bürgermeister Dr. Pint äußerte sich Dr. Pint zur

Frage der Reisekosten,

die er im Laufe der Jahre zu Lasten der Stadt kassierte. Er erklärte, die Reisen seien stets im Interesse der Stadt ausgeführt worden. Im ganzen seien ihm nur 9600 Mark für 34 000 Kilometer Dienstreisen vergütet worden. Die Verhandlung bringt dann die mit Spannung erwartete Erörterung über die Kaiser Karls-Bad A. G. Lippspringe. Auch hier hat Dr. Pint etwa 6800 Mark Spesen und 9000 Mark Remuneration entnommen, während der Mitangeklagte Werz 13 000 Mark Spesen, 5600 Mark Remuneration und 32 000 Mark an Gehalt bekam. Diese Entnahmen fußten auf den Beschluß des Aufsichtsrates, nach dem Dr. Pint 1 Prozent und Werz ½ Prozent vom Bruttoumsatz des Bades erhält, falls die Bilanz aktiv ausfällt. Die Anklage nimmt an, daß beide Angeklagte den Bruttoumsatz in der Bilanz zu hoch angesetzt haben und die Bilanz durch unrichtige Buchungen aktivierten.

Die Saat des Unfriedens

Unzulässige Propaganda für die Domanialschulen.

Saarbrücken, 3. Februar.

Zur Frage der Domanialschulen im Saargebiet nimmt Stadtschulrat Martin in der „Saarbrücker Landeszeitung" Stellung und schreibt u. a.: Allen berechtigten Klagen gegenüber stellt man sich taub, oder man begegnet uns mit der beliebten Einlassung, der verwerflichen Werbung für die französische Schule stellten die deutschen Parteien ihren „unsachmäßigen Kampf wider die Domanialschule" entgegen. So soll dargetan werden, daß auf deutscher Seite kein Grund zu einer Klage bestehe. Mit einer Gleichstellung unseres berechtigten Abwehrkampfes

mit dem aufreizenden Vorgehen der Franzosen und ihrer Werber

muß endlich aufgeräumt werden. Jeder Saarländer weiß, daß weder französische Kinder für die deutsche Schule geworben werden, noch daß uns Deutschen irgendwelche Mittel zur Unterstützung einer Werbung zur Verfügung stehen. Damit dürfe bewiesen sein, daß die Propaganda für und gegen die Domanialschule überhaupt nicht einander gegenübergestellt werden könne. Ist es in Wirklichkeit aber nicht unerhört, daß die Werber für die französische Schule die Bergleute in ihren Häusern aufsuchen und dort Unfrieden säen? Daß sie eine große Erregung in die Bevölkerung tragen und die Eltern zu Auseinandersetzungen zwingen, die diese

nur unter schwerem Gewissenskampf

fällen können? Im übrigen stören die französischen Schulen mit ihren deutschen Kindern die moralische Entwicklung des deutschen Schulkindes ganz empfindlich. Die Zusammensetzung der Lehrerschaft an den französischen Schulen beweist, daß nur sehr wenige Lehrer und Lehrerinnen französischer Abkunft sind. Zum größten Teil sind es Saarländer, die aber jede Beziehung zu ihren Landsleuten abgebrochen haben. Da sind alle die ehemaligen separatistischen Lehrer, denen der Boden im Reich zu heiß geworden ist, und eine große Anzahl Elsaß-Lothringer, die nur deshalb hergekommen sind, weil sie ein viel größeres Gehalt beziehen, als in ihrer Heimat. Stadtschulrat Martin schließt mit den Worten: Die Franzosen und ihre Helfer mögen noch doppelt so stark werben, das Saargebiet kehrt doch zum Reich zurück!

Der Erfinder des Porzellans

Johann Friedrich Böttgers 250. Geburtstag.

Am 4. Februar 1682 wurde in Schleiz Johann Friedrich Böttger, der Erfinder des Meißener Porzellans, geboren. Böttger begann seine Laufbahn als Lehrling in einer Berliner Apotheke. In seinen Mußestunden beschäftigte er sich mit alchimistischen Versuchen und geriet in Gefahr, als Goldmacher verhaftet zu werden. Er begab sich daher nach Dresden, wo ihm ein Fürst von Fürstenberg ein Laboratorium einrichtete. Im Jahre 1705 übergab er dem König August II von Sachsen einen noch heute vorhandenen Aufsatz über die Goldmacherkunst. Böttger, dem man alles mögliche zutraute, erhielt dann den Auftrag, gewisse Gesteine und Erden, die in Sachsen tot und unbrauchbar umherlagen, zur Herstellung von Porzellan, wie es bis dahin nur die Chinesen schaffen konnten, zu verwenden. Dieses Unternehmen gelang, und Böttger brachte aus einem braunroten Tone, der bei Meißen gefunden wurde, ein schönes Porzellan zustande. Weißes Porzellan kam erst später an die Reihe. Damit Böttger sein Geheimnis des Porzellanmachens nicht an das Ausland verrate, wurde er lange Zeit wie ein Gefangener behandelt und unter Aufsicht gehalten; daß man ihn nebenher mit Geschenken überhäufte, konnte ihm nicht viel nützen. Zu Ostern 1709 konnte zum erstenmal auf der Leipziger Messe glasiertes und unglasiertes Porzellan — darunter auch etwas weißes — öffentlich gezeigt und zum Verkauf gestellt werden. Ein Jahr später wurde die Albrechtsburg zu Meißen zu einer großen Porzellanfabrik eingerichtet.

Ein paar Jahre später wurde Böttger — verhaftet und zu Gefängnis verurteilt, weil er sich mit einigen Berlinern in geheime Korrespondenzen eingelassen hatte, um für Geld seine Künste preiszugeben. Er starb im März 1719 in Dresden. In Meißen wurde ihm später ein Denkmal errichtet.

Vom Büchertisch

Alte Photographien künden von verrauschten Faschingsfesten, längst vergangenem Künstlerulk, ersonnen für einen Tag, für eine Stunde. Solche Aufnahmen aus dem alten Münchner Karneval bringt die Faschingsnummer der Münchner Illustrierten Presse (Nr. 6). Das ganze Heft ist erfüllt von Humor und jener Stimmung, die eine besondere Eigenschaft des Münchner Faschings ist.

Groener verfolgt die Genfer Konferenz



Reichswehrminister Groener (Mitte) bespricht mit seinen Referenten Hauptmann Freiherr von Wechmar und Korvettenkapitän Schmund die Berichte über Genf

Diese Ausgabe umfaßt 10 Seiten
einschl. der Unterhaltungsbeilage

Verantwortl. Schriftleiter: Willy Claas; für Provinz, Allgemeines und Sport: Josef Maaßen, beide in Burscheid.
Druck und Verlag: Hermann Claas, Burscheid, Mittelstraße 10

Börsen Märkte Handel

Kölner Häute- und Fellemarkt
vom 3. Februar.

(Die Preise sind ausschließlich Großhandelspreise für erste Sortimente. Spezialsortimente sind nicht einbegriffen.)

Großviehhäute: Ochsen, Kühe, Rinder, Bullen bis 29 Pfund Klasse 1 —, Klasse 2 0,23 bis 0,29, do. von 30—49 Pfund 0,25—0,39, 0,21 bis 0,31, Ochsen, Kühe, Rinder von 50—69 Pfund 0,30—0,43, 0,21—0,30, do. von 70 Pfund und mehr 0,30—0,43, 0,21—0,31, Bullen von 50—79 Pfund 0,20—0,26, 0,18—0,24, do. von 80 Pfund und mehr 0,20—0,25, 0,15—0,20 Reichsmark für 1 Pfund. Fresserfelle gesalzen, je nach Qualität, Herkunft und Schlachtung 0,22—0,30, Kalbfelle, do. 0,29—0,89 Reichsmark für 1 Pfund Frischgewicht. Roßhäute, gesalzen, bis 219 Zentimeter lang 3—5, do. lang aufwärts 220 Zentimeter 8,50—10 Reichsmark für 1 Stück. — Stimmungsbericht: Es herrscht allgemein die Ansicht, daß der tiefste Stand für Häute und Felle erreicht ist. Infolgedessen greifen die Käufer wieder mehr in den Markt ein.

Amtliche Terminprodukten
vom 3. Februar.

Weizen: März 255,5—254,5, Mai 261,5—261. Roggen: März 204,5, Mai —. Hafer: März 156 bis 155,5 B., Mai 165—164 B.

Kölner Telephonfreiverkehr
vom 3. Februar.

Im Vormittagsverkehr lagen die Kurse leicht unter dem Vortagsniveau, anscheinend als Reaktion auf die beträchtlichen Steigerungen. Trotzdem waren die Anfangskurse gut gehalten. Im Verlauf machte sich jedoch eine weitere Abschwächung bemerkbar. So mußten Farben 2 Prozent hergeben. Montanmarkt uneinheitlich. Rheinstahl gut gehalten, Erdöl sogar noch etwas höher gefragt, aber Mannesmann 1 Prozent und die übrigen Montanwerte bis ½ Prozent niedriger. Reichsbank minus 1 Prozent. Kalimarkt ruhig und gut gehalten. Am Pfandbriefmarkt waren Kursabschwächungen bis ½ Prozent zu hören.

Guter Auftragsbestand beim Eisenwerk Wuelfel.

Hannover, 3. Februar. Durch die rechtzeitige Aufnahme neuer Fabrikate ist der Geschäftsgang bei dem Eisenwerk Wuelfel, Hannover-Wuelfel, günstig beeinflußt worden. Der Gewinn von 0,09 Mill. Reichsmark reicht allerdings zur Verteilung einer Dividende (i. V. 7 Prozent) nicht aus. Der Gesamtumsatz konnte annähernd auf dem des Vorjahres gehalten werden.

Kölner Ledermarkt
vom 3. Februar.

(Die Preise sind Großhandelspreise aus erster Hand und erster Sortimente. Spezialfabrikate sind nicht einbegriffen.)

Eichenlohg. Rhein. Sohlleder in Hälften 3,85—4,35, do. in Kernstücken 5,70—6,20, Zahm-Vacheleder in Hälften 2,45—2,90, do. in Kernstücken 4,25—5,20, Wild-Vacheleder in Hälften 2,15—2,80, do. in Kernstücken 3,60—4,90, Wild-Vachehälse 2—2,40, Wild-Vachebäuche 1,20 bis 1,60. Spalte lohgar, lissiert in Kernstücken 1,20 bis 2,00, Blankleder in Hälften, braun 3 bis 4,55, Riemenlederkernstücke, kurzgeschnittene 3,75 bis 6,20 Reichsmark für 1 Kilogramm. Vachetten gewöhnliche Sorten 5,80—11 Reichsmark für 1 Quatratmeter effektives Maschinenmaß. Besondere Qualitätsleder in Zahm- und Wildvacheleder brachten bis 10 Prozent mehr. — Stimmungsbericht. Die Marktlage ist unverändert.

Amtliche Berliner Metallnotierungen
vom 3. Februar.

(Die Preise verstehen sich in Reichsmark für 100 Kilogramm, bei Silber für ein Kilogramm.)

Elektrolytkupfer 64,50, Originalhüttenaluminium in Blöcken, Walz- oder Drahtbarren 98—99 Prozent 160, Originalhüttenaluminium 99 Prozent in Walz- oder Drahtbarren 164, Reinnickel 98 bis 99 Prozent 350, Antimon Regulus 50—52, Feinsilber (1 Kilogramm fein) 42¼—45½.

Stollwerck-Sanierung 10 : 6.

Köln, 3. Februar. Nach langem Zögern hat der Aufsichtsrat der Gebrüder Stollwerck AG. die Entscheidung über die Reorganisation des Unternehmens gefällt. Per 30. Juni 1931 wird nach ordentlichen Abschreibungen von 0,64 (0,74) Mill. Reichsmark ein Verlust von 3,396 Mill. Reichsmark ausgewiesen, nachdem im Vorjahr noch aus 0,89 Mill. Reichsmark Reingewinn 5 Prozent Dividende verteilt werden konnten. Das Aktienkapital soll von 16,45 Mill. Reichsmark nach Einziehung von 6000 Mark Vorzugsaktien und 1,45 Mill. Reichsmark Vorratsaktien im Verhältnis 10 : 6 auf 9 Millionen zusammengelegt werden. Der Verlust ist im wesentlichen auf die Angliederung der Reichardt-Betriebe, auf Abschreibungsnotwendigkeit für Warenbestände und auf die Stillegung der Budapester Fabrik zurückzuführen.

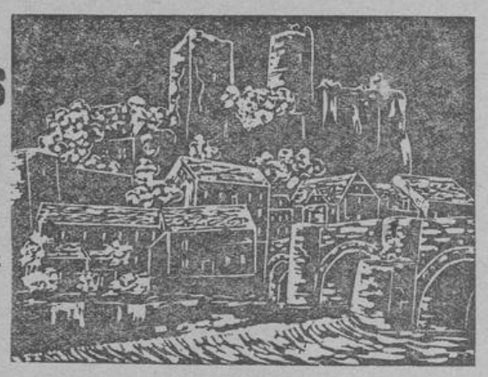
Freier Heilmittel-Wettbewerb.

Berlin, 3. Februar. Das bisherige Prinzip der Festpreise und gebundenen Preise im Geschäftsverkehr mit Arzneien und Arzneimitteln ist in starkem Umfange durch den freien Wettbewerb ersetzt worden. Eingeleitet wurde diese Bewegung durch die Aufhebung der gebundenen Einkaufspreise für die Apotheken. Für den pharmazeutischen Großhandel wurde seine bisherige Kalkulationsmethode grundsätzlich verändert. Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat außerdem die bisher üblichen Kalkulationssätze des Großhandels, soweit diese über 16 Prozent lagen, um 10 Prozent verkürzt.

Im Gutshaus von Mahlow

Roman von Gert Rothberg

Copyright by Feuchtwanger Halle/Saale



14

Die Mondstrahlen trieben ein neckisches Spiel. Sie zauberten Gestalten in den nachtstillen Park. Dorette sah mit brennenden Augen in diesen Spuk, der auf der großen Rasenfläche sein Unwesen trieb.

Das Mädchen erhob sich endlich. Ihm war todtraurig zumute. Sie dachte: Nun werden wohl alle von mir verlangen, daß ich wieder lache und scherze wie früher. Aber das kann ich nicht mehr. Nein, nein, ich kann es nicht mehr ...

Langsam ging Dorette ins Haus zurück.

* * *

„Sag mal, Kleinchen, mir ist, als hätte man dich früher den Sonnenschein von Mahlow genannt. Das trifft aber heute nicht mehr zu. Du machst immer solch trauriges Gesicht, daß ich dich unbedingt einmal fragen muß, ob du irgendein Leid mit dir herumträgst?“

Groß und gesund stand Horst vor Dorette. Seine Hand hob ihr Kinn in die Höhe.

„Nun, möchtest du dich mir nicht anvertrauen?“

Sie wandte den Kopf zur Seite.

„Mir fehlt doch nichts, Horst. Man kann doch nicht immer lachen und fröhlich sein. Schließlich bin ich längst siebzehn Jahre alt und muß auch einmal ernst werden.“

Jedes Wort klang so, als quäle Dorette es sich mühsam über die Lippen. Sehr aufmerksam betrachtete er sie. Dann umfaßte er sie plötzlich und küßte sie.

Dorette riß sich los. Ihr Gesicht war schneeweiß. Er hielt ihre Hand fest. Auch er fühlte sich plötzlich seltsam aufgewühlt und erregt.

„Dorette, du hast mich nicht mehr lieb wie früher? Was habe ich dir getan?“

„Nichts! Und ich habe dich doch immer lieb gehabt. Heute noch! Ich weiß nicht, was du hast. Aber — wann kommt denn nun deine Braut? Mama muß sich doch etwas darauf einrichten? Und heute ist sie in die Stadt gefahren. Sie trug mir auf, dich zu fragen, wenn du herüberkommen solltest.“

„Ellen kommt am Sonnabend mit ihrem Vater. Er hat seine Kur beendet.“

„Sonnabend? Da ist ja noch Zeit. Mama wird froh sein, daß sie in Ruhe alles vorbereiten kann. Sie hatte in den letzten Wochen so viel mit Sibylles Ausstattung zu tun.“

Er lachte bitter.

„Ja, Sibylles Ausstattung! Keiner hat gedacht, daß sie einmal diesen Weg gehen würde. Und es ist ganz gewiß ein Schritt, den sie später bereut. Unsere schöne, sanfte Sibylle! Immer unter Krankheit und Elend. Ein Bild, bei dem sich einem das Herz umdreht. Dieser Beruf ist viel zu schwer für sie.“

„Ja, schwer ist dieser Beruf! Doch er ist schön. Vielleicht werde — ich auch — diesen — Weg — noch gehen.“

„Nein! Du nicht, Dorette! Du nicht!“

Zwischen den Zähnen hatte er es hervorgestoßen. Dorette sah ihn an. Ihn packte dieser Blick von neuem.

„Du sollst das nicht! Ich verbiete dir diese Ueberspanntheiten!“

Sehr schroff klang das. Dorette senkte den Blondkopf.

„Sibylle würde es sich doch auch nicht verbitten lassen, und — und — sie — ist doch auch ein Kind vom Mahlow-Gut!“

Trotzig hatte sie es gesagt. Seine schlanke braune Hand strich über die Stirn. Dann sagte er:

„Gewiß. Und glaubst du vielleicht, daß es Vater nicht schwerfällt, Sibylle gehen zu lassen? Er hofft aber, daß sie wieder zurückkommt. Sie hat ein großes, seelisches Leid zu überwinden, und ich kann sie in gewissem Sinne verstehen. Das Mitleid, die Liebe und Güte, die man ihr hier entgegenbringt, all das peinigt sie. Sie wird eben am ersten über den Treubruch Kellers hinwegkommen wenn sie das Elend anderer Menschen sieht.“

„Und ich?“

Dorette erschrak bis ins Herz hinein vor diesen zwei Worten, die ihr wider Willen entschlüpft waren.

„Du? Kleine Dorette, du hast doch noch kein Leid erfahren? Dich liebt man doch überall?“

„Ja, mich liebt man!“

Dorette weinte plötzlich laut auf und floh aus dem Zimmer. Er war einen Augenblick so überrascht von diesem Schmerzensausbruch, daß er regungslos stehenblieb. Dann aber war er mit einem Schritt an der Tür, riß sie auf, und nun ging er rasch den Gang hinunter. Dort, wo der Gang die Biegung zum linken Flügel des alten Hauses machte, sah er eine Tür nur angelehnt.

Vorsichtig trat er näher. Da sah er Dorette auf dem großen Fell am Boden liegen. Ihr schlanker Körper zuckte wild. Er war schon bei ihr, hob sie zu sich empor.

„Dorette, jetzt wirst du mir sagen, was du für ein Leid trägst. Hörst du?“

Das Mädchen sah ihn starr an, strebte von ihm fort. In seinen Augen stand wilder Zorn.

„Was sind das plötzlich für Launen, Dorette? Dafür wird hier kaum jemand Verständnis haben. Sollen wir uns alle um dich ängstigen? Was soll denn das eigentlich heißen?“

Noch immer wehrte sie sich gegen ihn. Er stellte sie auf die Füße, hielt sie dann aber an den Schultern gepackt.

Dorette sah verzweifelt in sein schönes, braunes Gesicht, das ihr jetzt so finster zugewandt war. Sie fürchtete sich vor ihm.

„Dorette, ich habe dich von all meinen Angehörigen am meisten geliebt. Ich habe auch immer an dich gedacht, als ich der Heimat fern war. Denkst du denn, es geht mir jetzt nicht nahe, wenn du dich derart rätselhaft benimmst?“

Da schrie das Mädchen auf:

„Du hast mich ja gar nicht mehr lieb. Du liebst jetzt die Fremde. Und darum will ich von Mahlow fort, wenn sie für immer hier sein wird.“

Horst Mahlow ließ die Schwester los. Er atmete tief und schwer.

„Dorette, ich habe dich lieb. Ganz anders liebe ich dich, als ich meine anderen Geschwister liebe. Und meine Braut wird dir diese Liebe auch niemals aus meinem Herzen nehmen können.“

Dorette ging zur Tür.

„Verzeih, aber du hast mich gedrängt, es zu sagen. Denke nicht mehr daran, was ich gesagt habe. Ich bin vielleicht sehr töricht, daß ich mich über deine Verlobung grämte. Vielleicht ist es auch nur die Enttäuschung, weil ich dich doch eigentlich noch ein bißchen für mich haben wollte. Ich hatte mich doch so sehr auf deine Heimkehr gefreut, und nun kommt die Fremde und nimmt dich uns!“

„Kleines Mädelchen“, sagte er gerührt.

Aller Zorn war in ihm verflogen. Dabei dachte er immerfort: Wie wunderschön ist doch die kleine Dorette! Es wird ja nun vielleicht auch bald einmal einer kommen, der sie heiratet, denn jetzt ist ja die Armut nicht mehr in Mahlow daheim. Da wird vielleicht doch dieser oder jener aus der Nachbarschaft sich die schöne kleine Dorette sichern ...

Merkwürdig, es erging ihm aber da ganz seltsam bei diesem Gedanken. Es schmerzte ihm etwas in der Brust und gleichzeitig fühlte er Zorn in sich auf den Mann, den er vorläufig nicht kannte, der aber doch eines Tages nach Mahlow kommen und Dorette fortholen würde.

Ob es nicht doch besser wäre, sie ginge mit Sibylle? Er zuckte zusammen, als er sich dieses egoistischen Gedankens bewußt wurde.

Er trat zu Dorette, die noch immer an der Tür stand.

„Ich werde dich immer liebbehalten, Dorette — auch später, wenn Ellen hier sein wird.“

„Ich möchte aber trotzdem fort.“

„So? Nun, dann wird man dich ja schließlich nicht halten können. Aber es ist immerhin möglich, daß irgendein Mann kommt, den du lieben lernst und der dich dann mit fortnimmt. Wer weiß, ob du letzteres nicht doch besser findest wie ersteres?“

Sie schüttelte den Blondkopf.

„Nein, ich werde nie einen Mann liebhaben außer dir.“

Diese schlichte Aufrichtigkeit entzückte ihn. Seine Hand strich über das kurze lockige Haar.

„Schade, daß wir Geschwister sind, Dorette. Sonst hätte ich dich geheiratet“, versuchte er zu scherzen.

Da ging das Mädchen still hinaus.

Und Horst Mahlow dachte, daß man das schon oft gehabt, daß die Schwester eines Mannes nicht so leicht darüber hinwegkam, daß er nun eine andere liebte und sie nun nur noch den zweiten Platz in seinem Herzen beanspruchen konnte. Eigentlich waren das aber immer Fälle gewesen, wo die Geschwister nur sich selbst gehabt hatten, wo weder Eltern noch Verwandte da waren.

Hier aber? Man liebte und verhätschelte hier in Mahlow die kleine Dorette.

War es nur Trotz gegen die Fremde? Trotz und Auflehnung, weil doch Ellen dann einmal hier die Herrin sein würde? Langsam ging Horst Mahlow hinaus. Aber ein Gefühl blieb in ihm, dem er keinen Raum zu geben vermochte.

Er hatte dann noch eine kurze Unterredung mit seinem Vater. Der war in den letzten Tagen bettlägerig und konnte sich nicht viel um wirtschaftliche Dinge kümmern. Horst wurde die doppelte Arbeit nicht zuviel. Im Gegenteil, es gefiel ihm, daß er nicht oft zum Nachdenken und Grübeln kam.

Von Ellen erhielt er jede Woche zwei sehr korrekt gehaltene Briefe, in denen er aber zwischen jeder Zeile die Liebe erkennen konnte, die sie für ihn fühlte. Es freute ihn jedoch nicht. Und als er das endgültig bei sich feststellte, erschrak er vor sich selbst, vor der Tatsache seiner übereilten Verlobung!

Uebereilt? Wieso? Es gab keine andere Frau, der sein Herz in heißer Liebe entgegenschlug. Also war es auch ganz gleich, ob er sich verlobt hatte oder nicht. Er wollte ja doch nur eine Vernunftehe eingehen. Was er einst gefühlt, war tot und kalt in ihm.

Dorette!

Seltsam blieb es, was er für diese kleine Schwester fühlte! Ein ganz eigenartig herzliches Gefühl war in ihm für sie.

Und sie? Dorette?

Wie verzweifelt sie sich benommen! Jetzt hatte er erkannt, daß sie wirklich ernstlich fürchtete, ihn zu verlieren. Daß sie fürchtete, die Fremde würde die Schwester aus seinem Herzen verdrängen!

Wie sehr sie da im Irrtum war, die kleine Dorette! Es würde auch der schönsten, elegantesten Frau nicht gelingen, Dorette aus seinem Herzen zu verdrängen. Sie würde immer den ersten Platz behaupten!

* * *

Und eines Tages kam Ellen Svenson mit ihrem Vater! Sie blieben einige Tage. Alles war vorbereitet für die Gäste. Und Ellen Svenson gewann alle gleich lieb vom ersten Sehen an.

Nur Dorette! Die schöne, kleine Dorette, die haßte sie!

Ellen erschrak selbst vor dem unedlen Gefühl, das in ihr gegen dieses junge Mädchen gleich in dieser ersten Stunde wütete.

Was war nur mit ihr? Weshalb haßte sie Horsts jüngste Schwester? Und Horst hatte ihr doch schon auf dem Schiffe erzählt, daß er gerade diese jüngste Schwester so sehr liebe!

Ellens Augen ruhten während der Tafel immer wieder auf Dorettes liebreizendem Gesicht, auf dem goldblonden Haar. Am meisten aber zogen sie die Augen an, diese schönen, unergründlichen, strahlenden Augen mit den ungewöhnlich langen Wimpern, die wie Sterne wirkten.

Und Ellen stellte fest, daß auch Horsts Augen immer wieder auf seiner jüngsten Schwester ruhten.

Ellen Swenson fühlte, daß sie neben dieser ungewöhnlichen Schönheit der jüngsten Tochter des Hauses Mahlow fad und reizlos wirkte.

Und diese Erkenntnis fraß an ihr.

Dabei war sie ehrlich über sich selbst erzürnt.

Weil sie Horsts Schwester so feindlich gegenüber stand, denn diese war ihr freundlich und herzlich entgegengekommen wie alle Angehörigen von Horst.

Doch sie konnte es nicht ändern.

Das fast feindliche Gefühl gegen Dorette blieb!

Wie einfach dieses Mädchen übrigens angezogen war!

Ellens Hand strich leise, fast ein bißchen liebkosend über den kostbaren Stoff ihrer eigenen Toilette.

Diese Bewegung sah Horst.

Ihm war plötzlich, als habe sie damals auf dem Schiffe nicht ihr wahres Gesicht gezeigt, als sie davon sprach, man könne auch im Wohltun Befriedigung finden. Vielleicht hatte sie damals auch nur eine Phrase gebraucht?

Denn wenn ihr Sinn so an äußerlichen Dingen hing wie an diesem Kleid zum Beispiel?

Und Horst Mahlow sah noch mehr im Laufe dieses Abends!

Er sah den Blick, der die kleine schöne Dorette aus den Augen Ellens traf!